



Istituto Italiano di  
**STUDI GERMANICI**

# Osservatorio **SICIT**

Osservatorio sullo Stato dell'Informazione della Comunicazione Italo-Tedesca  
Beobachter zum deutsch-italienischen Informations- und Kommunikationsstand

Herausgeber: Luca Crescenzi

Koordinierung: Angelo Bolaffi, Elisa D'Annibale, Aldo Venturelli

Umsetzung: Paolo Aranha, Diana Battisti, Michela Cilenti,

Lorenzo Bonosi

**11** 20**24**

**SICIT**

Osservatorio sullo Stato dell'Informazione e della Comunicazione Italo-Tedesca  
Beobachter zum deutsch-italienischen Informations- und Kommunikationsstand

Herausgeber:  
Luca Crescenzi

Koordinierung:  
Angelo Bolaffi  
Elisa D'Annibale  
Aldo Venturelli

Umsetzung:  
Paolo Aranha  
Diana Battisti  
Michela Cilenti  
Lorenzo Bonosi

Übersetzungen:  
Sabine Schild-Vitale

Redaktion:  
Ilaria Baldini  
Luisa Giannandrea

**S I C I T**

**Osservatorio  
sullo Stato dell'Informazione e della  
Comunicazione Italo-Tedesca**

**Beobachter zum  
deutsch-italienischen Informations-  
und Kommunikationsstand**

**11 | 2024**



Istituto Italiano di  
**STUDI GERMANICI**

---



## INHALT

- 7** Italienische Politik. Innen- und Aussenpolitik der Regierung Meloni (deutsche Presse)
- 13** Deutsche Politik. Schwache Regierung, extreme Rechte, Cannabis-Gesetz (italienische Presse)
- 23** Internationale Beziehungen. Russisch-Ukrainischer Krieg, Naher Osten, Verteidigung (italienische Presse)
- 33** Wirtschaft und Finanzen (deutsche Presse)
- 41** Wirtschaft und Finanzen (italienische Presse)
- 47** Umwelt und *green economy* (deutsche Presse)
- 49** Umwelt und *green economy* (italienische Presse)
- 57** Kultur und Gesellschaft (deutsche Presse)
- 61** Kultur und Gesellschaft (italienische Presse)
- 65** Die Katholische Kirche und der Vatikan (deutsche Presse)



ITALIENISCHE POLITIK.  
INNEN- UND AUSSENPOLITIK DER REGIERUNG MELONI

(DEUTSCHE PRESSE)

Das Interesse der deutschen Öffentlichkeit richtet sich in den ersten Monaten des Jahres 2024 auf die Stärken und Schwächen der Regierung Meloni: während auf der internationalen Bühne das Bild einer Regierung fortbesteht, welche in Hinblick auf den russisch-ukrainischen Konflikt auf der Seite des westlichen Blocks steht, und welche sich ebenso in Bezug auf den israelisch-palästinensischen Krieg unverändert zeigt, erscheint nach Ansicht deutscher Beobachter die Regierungsmehrheit in ihrem Innern zunehmend gespalten. Zwischen den Monaten Januar und April 2024 gab es keine nennenswerten Abweichungen seitens Italiens von der atlantischen Linie hinsichtlich des Krieges in der Ukraine. Die deutsche Presse hob jedoch den Kontrast zwischen Matteo Salvinis 'Putin-freundlichen' Positionen und Melonis pro-ukrainischen Positionen hervor. Dies wurde nach dem Tod von Alexei Nawalny deutlich: In einem Artikel von Marc Beise kann man erhellende Beobachtungen über die pragmatische Außenpolitik von Präsidentin Meloni lesen, die trotz der unterschiedlichen Ansichten ihrer politischen Verbündeten (und sogar einiger Mitglieder ihrer eigenen Partei) zur Ukraine steht. Der Journalist betont, was auch andere Zeitungen und andere Stimmen äußern, nämlich dass die italienische Unterstützung für die Ukraine in Worten ebenso stabil wie in Taten zurückhaltend ist: Es ist die Rede von einer klaren Positionierung der 'Italiener' zugunsten der Ukraine, die jedoch nicht mit einer Politik der konkreten Hilfe seitens Italiens korrespondiert, das im Vergleich zu den Vereinigten Staaten und Deutschland viel zurückhaltender ist. Vor diesem Hintergrund wird Besorgnis über die Äußerungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten

Matteo Salvini, 'Putin-Freund' der ersten Stunde, geäußert, eine Besorgnis, die durch die Tatsache verstärkt wird, dass der dritte Partner in der Koalition, nämlich Forza Italia, ebenfalls eine langjährige Geschichte der Freundschaft, schon aus den Zeiten Berlusconi her, mit der Partei von Wladimir Putin verbindet (M. Beise, *Ukraine oder Russland*, «Süddeutsche Zeitung», 23. Februar 2024 [PDF](#)).

Auch «Die Welt» vertritt eine ähnliche Position: In einem Kommentar zum jüngsten Besuch von Giorgia Meloni in der Ukraine anlässlich des zweiten Jahrestages des Beginns der militärischen Angriffe hebt sie erneut die fehlende Übereinstimmung zwischen den Erklärungen der Ministerpräsidentin hinsichtlich der bedingungslosen Unterstützung Selenskyjs und der konkreten Militärhilfe für Kiew hervor, mit geheim gehaltenen Lieferungen und hinreichenden Anhaltspunkten dafür, dass dies keine entscheidende Hilfe für die Selbstverteidigung der Ukraine bedeuten könne (V. Kirst, *Italien tut fast nichts für Kiew*, «Die Welt», 1. März 2024 [PDF](#)).

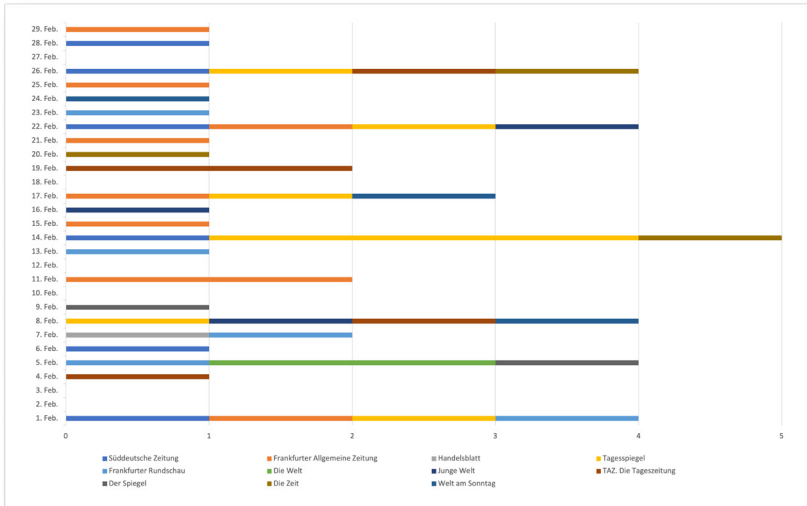
Anfang des Jahres widmet sich die deutsche Presse vor allem der Mittelmeer- und Afrikapolitik der Regierung in Rom, die im Mattei-Plan ihren Ausdruck findet, dem eigentlichen Schwerpunkt von Melonis Interesse, dem ein unbedingter Atlantizismus eine demokratischere und akzeptablere Fassade verleihen würde (siehe auch G. Feldbauer, *Melonis Afrikaschwindel*, «Junge Welt», 19. Januar 2024 [PDF](#)). Vielmehr hat sich die öffentliche und mediale Debatte in den letzten Wochen auch auf Fragen der italienischen Innenpolitik und die Reaktion der Regierung auf die neuen Forderungen der Studenten, die in Pisa für einen sofortigen Waffenstillstand im Krieg in Palästina demonstrierten, verlagert. Die Dynamik der Zusammenstöße zwischen den jungen Demonstranten und den Ordnungskräften während des Demonstrationzuges am Freitag, den 23. Februar, bei dem die Polizei die Studenten, die die Piazza Cavalieri überqueren wollten, zurückdrängte und auch diejenigen, die sich zurückzogen, von hinten mit Knüppeln schlug, erschütterte die Stadt und rief Reaktionen von Politikern in Italien, aber auch in der ausländischen Presse hervor (M. Beise, *Gewalt auf der Piazza*, «Süddeutsche Zeitung», 4. März 2024 [PDF](#)). Auch hier ist das Bild, das von der Ministerpräsidentin gezeichnet wird, ambi-

valent: Die Härte, mit der die Demonstranten (von denen viele minderjährig waren) zurückgedrängt wurden, veranlasst den Kommentator zu der Behauptung, dass die italienische Regierung heute postfaschistischer denn je sei, und dass die Gewalt der Ereignisse in Pisa ein Beweis dafür sei, dass die Regierung Meloni gegenüber ihren Gegnern nun ihr wahres Gesicht offenbare, welches sich hinter der Maske des Populismus verbirgt, das sich im Vergleich zu ihrer Vergangenheit im MSI (dem *Movimento Sociale Italiano*, der Sozialbewegung), die sie nie verleugnet hat, nun 'weiterentwickelt' und internationalisiert habe. Auf die jüngsten Nachrichten angewandt, kehren im Grunde jene Tendenzen zurück, die sich bereits seit Anfang des Jahres in der deutschen Presse abzeichneten, mit Artikeln wie dem von Dominik Straub im Januar, in dem der Verfasser, indem er ein Bild von Meloni entwirft, das auch ihre Distanz zu den Rassengesetzen und Verbrechen des Faschismus beschreibt, provokativ fragt, wie viel vom faschistischen Erbe der Ministerpräsidentin belastet ist und wie viel davon mit der AfD verglichen werden könne. Der Artikel hebt einerseits hervor, dass Meloni ein verlässlicher Partner auf europäischer und transatlantischer Ebene ist und dass die Befürchtungen derjenigen, die meinen, die Ministerpräsidentin wolle immer mehr Macht in ihren Händen bündeln, alles in allem unbegründet sind, erklärt andererseits aber auch, dass die Nostalgiker des Duce und der Diktatur in den Fratelli d'Italia eine neue politische Heimat gefunden haben. Die Härte Melonis im Kontext der rechten Identitätspolitik und insbesondere in Hinblick auf das Schlüsselthema der Migranten wäre jedoch eher rhetorisch als sachlich: im selben Artikel wird auf das neue Dekret zur Regulation der Einwanderungsströme verwiesen, gemäß dem bis Ende 2025 fast fünfhunderttausend Einreisen für Sektoren mit Arbeitskräftemangel geplant sind (D. Straub, *Italiens Postfaschistin. Wie viel AfD steckt in Giorgia Meloni?* «Der Tagesspiegel», 20. Januar 2024 [PDF](#)). Im Hinblick auf die italienische Migrationspolitik löste das am 6. November 2023 in Rom unterzeichnete Protokoll Italien-Albanien, das am 21. Februar 2024 vom Parlament ratifiziert wurde, auch in deutschen Zeitungen zahlreiche Diskussionen aus. Das bilaterale Abkommen beinhaltet die Zuweisung von Dienstleistungen und die Verwaltung von Aufnahme- und Gewahrsamszentren für

Migranten mit dem Ziel der engen Zusammenarbeit zwischen Rom und Tirana in Fragen der Migration. Außerdem sieht es den Bau von zwei Zentren auf albanischem Hoheitsgebiet vor, in denen Menschen festgehalten werden, die von italienischen staatlichen Schiffen auf See aufgegriffen oder gerettet wurden. Das Abkommen bezweckt die Legalisierung der extraterritorialen Unterbringung und Inhaftierung von Asylbewerbern und zwangsrückzuführenden Personen mit dem erklärten Ziel, von der Überfahrt über das Meer abzuschrecken. Die Öffentlichkeit hat erhebliche Zweifel hinsichtlich der Risiken und Auswirkungen einer solchen Operation geäußert: Dem Protokoll zufolge würden die Menschen mehrere Tage auf den Schiffen bleiben, bevor sie Albanien erreichen. Diese Verzerrung der Regelungen für die Suche und Rettung würde Menschenleben gefährden und könnte Menschen betreffen, die sich aufgrund der Umstände ihrer Reise bereits in einem gefährdeten Zustand befinden. Das Abkommen schließt Kategorien aus, die als «gefährdet» definiert werden (Frauen, Kinder, Opfer von Folter und Gewalt, Menschen, die an körperlichen oder geistigen Krankheiten leiden), aber das Problem der Menschenrechte, vor allem des Rechts auf Asyl und Schutz, bleibt bestehen (M. Rüb, *Modellprojekt mit Fragezeichen*, «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 20. Januar 2024 [PDF](#); M. Rüb, *Hotspot Badeparadies*, «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 22. Januar 2024, [PDF](#)). Auf der Umsetzung des Memorandums zwischen Rom und Tirana lastet der Verdacht eines Propagandamanövers im Hinblick auf die Europawahlen im kommenden Juni, auf die die Augen der internationalen Presse weiterhin gerichtet sind. In den letzten Wochen war auch vom ‘Meloni-Effekt’ die Rede: Einmal mehr wird auf Melonis ‘Symbolpolitik’ hingewiesen und an ihre Reisen in die Ukraine und ihre Pro-Selenskyj-Erklärungen erinnert, denen nebulöse Informationen über die Menge und den Wert der nach Kiew gelieferten Waffen folgten. Gleichzeitig wird aber auch Melonis unerschütterlicher Atlantizismus und ihr Pragmatismus hervorgehoben, der sie im Vergleich zu ihren ultrakonservativen ungarischen und polnischen Kollegen zu einer idealen Führungspersönlichkeit machen würde: Im Falle eines eventuellen Sieges von Donald Trump wird Giorgia Meloni als diejenige genannt, die am besten als Scharnier zwischen den

USA und Europa fungieren könnte (M. Rüb, *Der Meloni-Effekt*, «Frankfurter Allgemeine Zeitung» 19. März 2024 [PDF](#)).

GIORGIA MELONI - DEUTSCHE PRESSE



Die Grafik bezieht sich auf den Zeitraum Februar-März 2023 und berücksichtigt Artikel, die über die Regierung Meloni in der deutschen Presse erschienen sind.



DEUTSCHE POLITIK.  
SCHWACHE REGIERUNG, EXTREME RECHTE,  
CANNABIS-GESETZ

(ITALIENISCHE PRESSE)

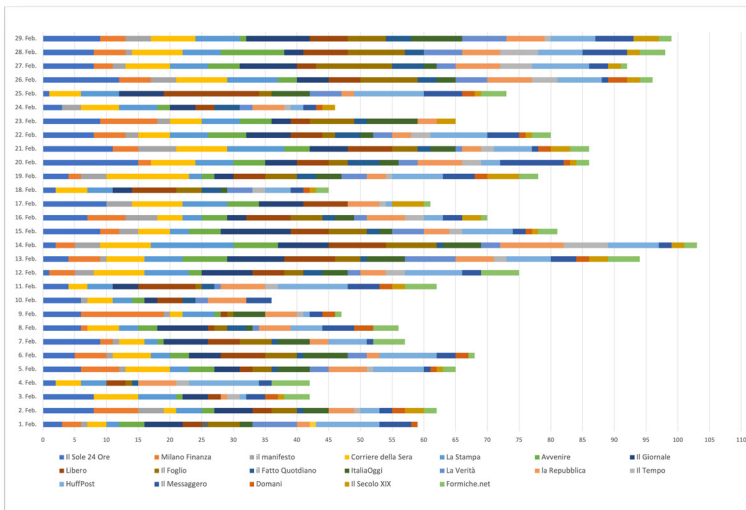
Das Jahr 2024 begann mit einer für Deutschland fast beispiellosen Situation: Wie im Wirtschaftsteil dieses SICIT-Dossiers näher erläutert werden wird, war die Regierung aufgrund der Ablehnung des Haushaltsgesetzes durch den Bundestag gezwungen, eine vorläufige Haushaltsführung anzuordnen. Gleichzeitig bestätigten Umfragen der ARD, dass Olaf Scholz der unbeliebteste Kanzler in der deutschen Geschichte ist und dass seine Regierung zu den unbeliebtesten des Landes gehört (J. Perego, *Scholz in caduta libera*, in «Alto Adige», 8. Januar 2024 [PDF](#)). Seit Monaten dominiert in der italienischen Presse das Bild einer schwachen, tief gespaltenen Regierung, die nicht in der Lage ist, die neuen Herausforderungen im In- und Ausland zu bewältigen, angeführt von einem ebenso schwachen wie unsicheren Kanzler, der den Deutschen keine angemessenen Antworten zu geben vermag. Was von den meisten italienischen Medien als «ehemalige Lokomotive Europas» bezeichnet wird, scheint jetzt «gelähmt» zu sein: durch eine noch nie dagewesene Welle von Streiks und Unruhen, durch ein erneutes Gefühl der «nationalen Angst» und durch die erschöpfenden Differenzen innerhalb der Regierungsmehrheit (R. Giardina, *La Germania si è paralizzata*, in «ItaliaOggi», 13. Januar 2024 [PDF](#)). Vor allem Scholz und Baerbock sind in allen Fragen geteilter Meinung. Giardina schreibt in «ItaliaOggi»: «Olaf und Annalena können sich nicht ausstehen, sie sind in allem geteilter Meinung, aber gezwungen, miteinander zu koexistieren». Ihr «Duell» ist jedoch nicht nur ein Problem für Deutschland, sondern für ganz Europa. Denn auch wenn es geschwächt, ja sogar krank ist, ist es immer noch das stärkste Land Europas (R. Giardina,

*Olaf e Annalena divisi su tutto*, in «ItaliaOggi», 19. März 2024 [PDF](#)). Hierzu lässt auch Francesca De Benedetti beiläufig eine lapidare Bemerkung über die interne Krise der Ampelregierung fallen, die – wie sie schreibt – nicht so gut dasteht: «Nicht nur ihre Führungsrolle in Europa ist unbeständig, sondern auch ihre innenpolitische Standhaftigkeit, inmitten von Koalitionsstreitigkeiten und der aufstrebenden AFD» (F. De Benedetti, *In Spagna i deputati approvano l'amnistia. Ma per Sánchez la Catalogna è una spina*, in «Domani», 15. März 2024 [PDF](#)).

Auch in diesem Quartal hat die italienische Presse die Entwicklungen der Wahlen in Deutschland mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und mit nicht geringer Besorgnis ein weiteres Erstarken der extremen Rechten und einen voraussichtlichen Einbruch der SPD und der Zustimmungswerte des Kanzlers registriert, was auf eine endgültige Krise der traditionellen Parteien schließen lässt. Besorgniserregend für italienische Politiker und Meinungsmacher ist die immer wahrscheinlicher werdende Hypothese eines Sieges der Alternative für Deutschland, insbesondere in einigen Regionen des Landes. Anfang des Jahres lag sie in Umfragen in Sachsen, einem der drei östlichen Bundesländer, in denen im September gewählt wird (zusammen mit Brandenburg und Thüringen), bei 37%. Was auch alle beunruhigt – schreibt Giardina – ist die Geschwindigkeit mit der die AFD, die bis vor wenigen Monaten noch gleichauf mit der CDU war, in einigen Teilen des Landes unaufhaltsam aufsteigt. Obwohl sie weit von einer absoluten Mehrheit entfernt ist, ist die Möglichkeit, dass sie zumindest eine einfache Mehrheit erreicht und damit Sitze gewinnt, nicht mehr so weit hergeholt. Die 5%-Hürde birgt die Gefahr, dass andere Parteien ausgeschlossen werden, so dass mehr Sitze für Weidel und Chrupallas Partei übrig bleiben (R. Giardina, *L'AFD può vincere in Sassonia*, in «ItaliaOggi», 4. Januar 2024 [PDF](#)). Die Meldungen über den Aufstieg der AFD, schreibt Giardina erneut, werden seit Monaten wiederholt, die Gefahr ist eher, dass sich die öffentliche Meinung daran gewöhnt. Hinzu kommt, dass im Falle eines Wahlerfolgs der AFD die ‚Verfassungsmauer‘, die gegen die Öffnung eines Bündnisses mit den Extremisten errichtet wurde, nachgeben könnte, was die Regierung (vorerst nur die regionale) dazu veranlassen würde, mit der extremen Rechten zusammenzuarbeiten. Dies gilt umso

mehr, als die Partei der Kanzlerin hier auf 3 % abgestürzt ist und somit Gefahr läuft, außerhalb des Landtags zu bleiben. Auch der Berliner Wahltest sendet ‘dunkle Signale’. Die Wiederholung der Wahl von 2021 im Februar fiel in einigen Wahllokalen der Hauptstadt ‘gnadenlos’ für die Sozialdemokraten und Liberalen aus (S. Canetta, *Crescono CDU e AFD, segnali neri dal test elettorale di Berlino*, in «il manifesto», 13. Februar 2024 [PDF](#)).

#### DEUTSCHE POLITIK - ITALIENISCHE PRESSE



Die Grafik bezieht sich auf den Monat Februar und berücksichtigt Artikel, die in der italienischen Presse mit Bezug auf die deutsche Politik erschienen sind.

Die Enthüllungen der deutschen investigativen Journalismus-Website «CORRECTIV» über den «Remigrations»-Plan, d.h. einen Plan zur Ausweisung von Millionen von Ausländern aus Deutschland, den der österreichische Neonazi-Führer Martin Sellner bei einem geheimen Treffen von Rechtsextremisten Ende November skizziert hatte, beunruhigte sowohl die italienische als auch die deutsche Presse und zusätzlich die öffentliche Meinung (für die italienische Übersetzung der Umfrage siehe M. Bensmann, J. von Daniels, A. Dowideit, J. Peters, G. Keller, *L'ultradestra tedesca vuole cacciare milioni di cittadini*, in «il Fatto Quotidiano», 22. Januar 2024 [PDF](#)). Im «Corriere della Sera»

sieht Mara Gergolet in der Tagung «unheimliche Anspielungen auf die Nazi-Vergangenheit» des Landes, «man muss wirklich die Augen schließen wollen, um sie nicht zu sehen». Der Veranstaltungsort der Geheimkonferenz ist nicht zufällig ein Hotel am Lehnitzsee, dem Potsdamer See außerhalb Berlins, in der Nähe des Ortes, an dem Hitlers Regime die Endlösung plante. Die Nazi-Vergangenheit wird zwar nicht offen erwähnt, schreibt Gergolet, aber sie wird «subtil» heraufbeschworen. Das sei nicht zu unterschätzen, betont er, zumal nicht nur die von Scholz als «Fanatiker» bezeichneten und hochrangigen AFD-Funktionäre (darunter Alice Weidels Sprecher) anwesend waren, sondern auch einige CDU-Mitglieder, Ärzte, Unternehmer, Anwälte (M. Gergolet, *'Rimigrazione', passato nazista da scimmiettare*, in «Corriere della Sera», 12. Januar 2024 [PDF](#)). Dies ist eines der zahlreichen geheimen Treffen, bei denen die subversive und die parlamentarische Rechte zusammenkommen, Fanatiker und Männer aus den Institutionen, Neonazis und «großzügige Finanziere mit brauner Nostalgie», erinnert sich Tonia Mastrobuoni in «Repubblica». Unter ihnen auch der ehemalige Geheimdienstchef Hans-Georg Maassen (T. Mastrobuoni, *Il piano segreto AFD-neonazisti per deportare i migranti*, in «la Repubblica», 12. Januar 2024 [PDF](#)).

Einigen italienischen Zeitungen ist nicht entgangen, dass in Deutschland ein weiteres Tabu gebrochen werden könnte: der Austritt der ehemaligen Lokomotive aus Europa. In einem Interview mit der «Financial Times» erklärte die AFD-Vorsitzende Alice Weidel, dass ihre Partei dafür kämpfen werde, das 'Demokratiedefizit' der EU zu beheben und dass für den Fall, dass die Souveränität der Staaten nicht wiederhergestellt werden könne, die Entscheidung an den Willen des Volkes verwiesen werden sollte, wie es im Vereinigten Königreich geschehen sei. Weidel verwies daher auf den Brexit als Vorbild (*Dexit. L'estrema destra apre al referendum per l'uscita della Germania dall'Ue*, in «Huff-Post», 22. Januar 2024 [LINK](#)). Einige Wochen später bestritt der Co-Vorsitzende der AFD, Tino Chrupalla, in einem Interview mit dem «Corriere» jedoch jedwede Hypothese des *Dexit* und sprach stattdessen von einer notwendigen und strukturellen Reform der Union. Im Laufe des Interviews leugnete er auch das Vorhandensein jeglicher Form von Extremismus innerhalb

seiner Partei (*Tino Chrupalla: 'Nell'AFD non ci sono estremisti, via i migranti-parassiti. Meloni ormai è una moderata'*, in «La Stampa», 11. Februar 2024 [PDF](#)).

Der Stimmenzuwachs der Alternative für Deutschland, die *Dexit*-Hypothese und die Veröffentlichung des «CORRECTIV»-Berichts haben die öffentliche Debatte über eine mögliche Ächtung der rechtsextremen Partei neu entfacht. 25 Abgeordnete der SPD haben auf der Grundlage von Artikel 21 des deutschen Grundgesetzes offiziell ihre Auflösung beantragt und damit das Bundesverfassungsgericht auf den Plan gerufen. In der italienischen Presse wurden sehr unterschiedliche Gedanken und Positionen vertreten. In dem oben erwähnten Artikel von Giardina warnt der Journalist von «ItaliaOggi» vor den möglichen unerwünschten Folgen einer solchen gesetzlichen Maßnahme, denn, so erklärt er, ein Verbot würde die Wähler nicht verschwinden lassen, sondern sich vielmehr als ‘Bumerang’ erweisen (R. Giardina, *L'AFD può vincere in Sassonia*, in «ItaliaOggi», 4. Januar 2024 [PDF](#)). Mattia Feltri vertritt in der «HuffPost» ebenfalls die Ansicht, dass «die Unterdrückung des Neonazismus per Dekret nur eine Illusion ist», da das Auslöschen von Parteien nicht bedeutet, dass man die Ideen und Gefühle auslöscht, von denen sie beseelt sind, noch die Wähler oder die Probleme, die den Nazismus wieder attraktiv gemacht haben. «In der Demokratie», so schließt er, «dienen Gesetze dazu, das zivile Leben zu regeln, nicht dazu, das Böse abzuschaffen» (M. Feltri, *Nazismo e nazisti*, in «HuffPost», 23. Januar 2024 [PDF](#)). Eine andere Position, wenngleich mit ähnlichen Schlussfolgerungen, vertritt hingegen Angelo Allegri im «Giornale». Der Wahlerfolg der Alternative sei lediglich «das Thermometer, das das Fieber anzeigt. Die Probleme werden nicht dadurch gelöst, dass man es zerbräche». Das Hauptproblem ist seiner Meinung nach eine Politik, die den Kontakt zur öffentlichen Meinung völlig verloren hat (A. Allegri, *AFD messa fuorilegge? Berlino ha la febbre e accusa il termometro*, in «il Giornale», 22. Januar 2024 [PDF](#)). Adriano Scianca schreibt in «Verità» hingegen, dass die Verteidigung der Demokratie durch das Verbot einer Partei mit einem so hoher Zustimmung «ein Widerspruch in sich» sei. Das exponentielle Wachstum von Weidels Partei, so erklärt er, «treibt die linken Parteien in den Wahnsinn», die seiner Meinung nach zu Unrecht und auf undemokratische Weise das Gesetz über die

Maßen ausreizt, wenn es von unliebsamen, d.h. rechten, politischen Subjekten verletzt wird (A. Scianca, *La democrazia dei sinistri tedeschi: se AFD vince, va messa fuorilegge*, in «La Verità», 18. Januar 2024 [PDF](#)). Der Präsident des Instituto Italiano di Studi Germani, Luca Crescenzi, vertritt in der «HuffPost» eine andere Meinung. Seiner Auffassung nach liegen die Gründe für die Berufung auf Artikel 21 und den Ausschluss der AFD vom Wahlkampf vor, insbesondere mit Bezug auf das Treffen in der Villa Adlon bei Potsdam im vergangenen November und den *Remigrationsplan*. Allein das Vorhandensein eines solchen «defensiven» Artikels im Grundgesetz impliziert, dass seine Bestimmungen umgesetzt werden sollten. Aber, so Crescenzi weiter, die AFD zu einer anti-demokratischen Partei zu erklären und sie vom Wahlkampf auszuschließen, mag zwar kurzfristig wirksam sein, würde aber das eigentliche Problem nicht lösen, d.h. es würde nicht verhindern, dass sich neue Organisationen mit denselben Überzeugungen bildeten. Deutschland ist heute immer noch sehr gespalten, was die Stimmungen und die politische Kultur angeht, und «das ist eine Realität, gegen die die Gerichte wenig ausrichten können» (F. Gribaldi, *L'art. 21 che divide la Germania. Luca Crescenzi: 'Puoi anche bandire AFD, ma si ripresenterà con altro nome'*, in «HuffPost», 22. Januar 2024 [PDF](#)). Auch nach Ansicht des ehemaligen italienischen Botschafters in Berlin, Michele Valensise, können Gesetzbücher und Richter nicht die Hauptwächter der Demokratie sein. Um der AFD Einhalt zu gebieten, wäre es sinnvoller und effektiver, auf der Ebene des «politischen Kontrasts» zu agieren, d.h. mit «Ideen und Vorschlägen, die geeignet sind, Unzufriedenheit und Ängste abzufangen und in beruhigendere Bahnen zu lenken», anstatt den Weg der Justiz zu beschreiten (M. Valensise, *Non basteranno codici e giudici ad arginare AFD in Germania*, in «HuffPost», 7. April 2024 [LINK](#)).

Auf den von «CORRECTIV» aufgedeckten Skandal folgte eine Welle von Protesten gegen die AFD im ganzen Land. Fast die gesamte italienische Presse begrüßte die Nachricht über die Demonstrationen auf den Straßen als ein sehr beruhigendes Signal, im Gegensatz zu dem, was die endgültige Bestätigung der Krise der Demokratie in Europa zu sein schien: der Fall des Tabus des Nationalsozialismus in genau dem Land, das ihn im letzten Jahrhundert hervorgebracht hatte. Sebastiano Canetta

schreibt im «manifesto», dass dies zwar den Trend des Wahlkonsenses nicht umkehrt, aber dennoch zeigt, dass Deutschland immer noch «die Antikörper des Antifaschismus hat, jenseits der in der Verfassung verankerten Verpflichtung» (S. Canetta, *La Germania attiva gli anticorpi, in piazza contro l'AFD*, in «il manifesto», 20. Januar 2024 [PDF](#)). Und dieses Phänomen zieht sich durch die gesamte deutsche Gesellschaft: Die meisten italienischen Zeitungen betonen die Teilnahme von verschiedenen Gewerkschaften und Parteien, Regierungsvertretern (allen voran Scholz und Baerbock), Unternehmern, jungen Menschen, Familien und Bischöfen auf der Straße. Es waren nicht die Parteien, welche die nationale Mobilisierung organisiert haben, sondern ein Bündnis von Verbänden, Gruppen, Bewegungen, und dies – schreibt Marco Bascetta erneut im «manifesto» – ist eine starke Botschaft der deutschen Gesellschaft an alle politischen Kräfte, nicht nur an die AFD (M. Bascetta, *Una mobilitazione contro le politiche di destra*, in «il manifesto», 23. Januar 2024 [PDF](#)). Die in den italienischen Zeitungen am häufigsten verwendeten Ausdrücke sind «Flut von Menschen», «Menschenstrom», «Mauer gegen die Ultrarechte», «demokratische Welle» (V. Savignano, *In Germania i vescovi sono scesi in campo: 'Non dovete farvi catturare dai populismi'*, in «Avvenire», 21. Januar 2024 [PDF](#); *Marea umana nelle città tedesche contro l'ultradestra*, in «HuffPost», 21. Januar 2024 [PDF](#); R. Calò, *Una marea umana nelle città tedesche per opporsi all'AFD*, in «Alto Adige», 22. Januar 2024 [PDF](#); S. Lucchi, *Un muro contro l'ultradestra. Le manifestazioni tedesche per imparare dalla storia invece di ripeterla*, in «HuffPost», 22. Januar 2024 [PDF](#); U. Audino, *Germania, onda democratica*, in «La Stampa», 22. Januar 2024 [PDF](#); S. Canetta, *Il muro di Berlino. Tutti contro AFD, ma il governo non vuole scioglierla*, in «il manifesto», 23. Januar 2024 [PDF](#)). In einigen italienischen Medien wurde darauf hingewiesen, dass diese Protestwelle eine gewisse Wirkung zeigte. Im März verlor die AFD zum ersten Mal bei den Wahlen in Thüringen, einem kleinen Bundesland der ehemaligen DDR, das als einziges von einem Linke-Ministerpräsidenten geführt wird und dennoch eine Hochburg der Rechten ist. Giardina ist der Meinung, dass die Lorbeeren und nicht die Proteste Sahara Wagenknecht gebühren, einer ehemaligen Abgeordneten der Linken, die ihre junge Partei, den BSW, in nur vier Monaten auf 15% gebracht

hat. In Thüringen sei es die BSW gewesen, die der extremen Rechten Stimmen abgenommen habe, und nicht die traditionellen Parteien, die stattdessen weiter an Zustimmung verlieren (R. Giardina, *Contro l'AFD vince il buon senso*, in «ItaliaOggi», 23. März 2024 [PDF](#)). Rotbraune und Souveränisten, schreibt Mastrobuoni in der «Repubblica», schweben über den Trümmern der Ampelkoalition (T. Mastrobuoni, *Rossobruni a Berlino, l'ex stella della sinistra seduce l'ultradestra*, in «la Repubblica», 9. Januar 2024 [PDF](#); S. Canetta, *Sovranisti alla riscossa, Sahara Wagenknecht scala i sondaggi*, in «il manifesto», 16. Januar 2024 [PDF](#)). In «Avvenire» schreibt Vincenzo Savignano, dass das andere 'trojanische Pferd', das den Konsens der Alternative teilweise aushöhlen könnte, die Werteunion ist, die Partei, die aus dem konservativen Flügel der CDU hervorgegangen ist und vom ehemaligen Chef des Verfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, geführt wird, der aus seiner alten Partei gerade wegen seiner Positionen zu Migranten, die denen der AFD sehr nahe stehen, ausgeschlossen wurde und beim Treffen in der Villa Adlon bei Potsdam anwesend war (V. Savignano, *La Germania 'guarda a destra'. L'AFD cavalca crisi e migrazioni*, in «Avvenire», 27. März 2024 [PDF](#)).

Das Bild, das die italienische Presse zunehmend beherrscht, ist daher das eines kränkelnden Deutschlands: angeführt von einer schwachen und stark gespaltenen Regierung, überwältigt von Protesten und Streiks verschiedener Art, mit einer weniger einschneidenden internationalen Rolle, als es sie bis zur Ära Merkel hatte, gezwungen, seine Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik zu überdenken, und auch gezwungen, mit einer politischen und kulturellen Kluft zu rechnen, die nie geheilt wurde und zum Aufstieg der extremen Rechten und dem Durchbruch der braunen Nostalgie geführt hat (hierzu U. Audino, *Germania, la grande malata*, in «La Stampa», 16. Januar 2024 [PDF](#)). Das von den italienischen Medien beschriebene Deutschland ist ein «verlorenes» Land, in dem «die Erinnerung ausgelöscht» wird. Es grassiert ein «schleichender Antisemitismus» und eine ultra-rechte Partei mit offen neonazistischen Zügen ist auf dem Vormarsch (L. Tortello, *La Germania smarrita*, in «La Stampa», 11. Februar 2024 [PDF](#)). Für viele ist der Kanzler das Gesicht dieses «schwachen» Deutschlands, der zusammen mit seiner Partei in den Umfragen auf den letzten Platz abgerutscht ist.

Die deutsche Demokratie ist zwar noch nicht am Ende, aber sie befindet sich in der Krise, und – wie Michele Valensise in der «Repubblica» treffend schreibt – die «Halbsätze eines schwachen Kanzlers» reichen nicht aus, das politische Angebot muss aktualisiert und wirksam kommuniziert werden (M. Valensise, *Le ombre sul Cancelliere*, in «la Repubblica», 19. Januar 2024 [PDF](#)). Noch lapidarer fällt der Kommentar von Angelo Bolaffi in der «HuffPost» aus. Deutschlands «wahres Problem ist Scholz, einer der wenigen Kanzler, die keine Geschichte geschrieben haben». Er dachte, er könne wie Merkel handeln, erklärt er, nur dass es die Globalisierung nicht mehr gibt, den Multilateralismus auch nicht, der Import von Energie aus Russland zu niedrigen Kosten ist nicht mehr möglich. Es ist notwendig, die Wirtschaft und Kultur des Landes zu revolutionieren. Aber es ist offensichtlich, dass Scholz «dazu nicht in der Lage ist» (N. Boffa, *La Germania ha due problemi: i nazisti e Scholz*, in «HuffPost», 22. Januar 2024 [LINK](#); si veda anche D. Mosseri, *Come fa Olaf Scholz a sembrare così tranquillo*, in «Il Foglio», 25. Januar 2024 [PDF](#)).

Nicht zuletzt wird auch auf die Verabschiedung des Cannabis-Gesetzes hingewiesen, mit dem der Konsum von Cannabis für den Eigengebrauch legalisiert wird. Während «il manifesto» die Nachricht als Maßnahme im Kampf gegen Drogen und Kriminalität beschreibt, beschuldigt «il Giornale» Berlin hingegen, nur «Geld verdienen» zu wollen, und zwar – so schreiben sie in «Liberio» – vor allem «auf Kosten der Jugend» (S. Canetta, *La Germania legalizza la cannabis, contro le narco-mafie*, in «il manifesto», 24. Februar 2024 [PDF](#); F. De Felice, *Berlino legalizza le canne. Per far cassa, in «il Giornale»*, 24. Februar 2024 [PDF](#); *Poveri giovani: in Germania farsi le canne sarà legale*, in «Liberio», 24. Februar 2024 [PDF](#)).



INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN.  
RUSSISCH-UKRAINISCHER KRIEG, NAHER OSTEN,  
VERTEIDIGUNG

(ITALIENISCHE PRESSE)

In dem Bild, das die italienische Presse von Deutschland als internationalem Akteur zeichnet, tauchen auch immer wieder die Schwäche der deutschen Regierung und die Unbeliebtheit ihres Kanzlers auf. Zwei Jahre nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine wirft die Unterstützung Berlins für Kiew und die Beziehungen zu Moskau noch immer ihre Schatten voraus. Im Hinblick auf Ersteres ist der Beginn des Jahres 2024 von der langwierigen Debatte über die Stationierung von Taurus-Marschflugkörpern geprägt, die im letzten Sommer begann. Hinzu kommt das «Tauziehen» zwischen den verschiedenen politischen Kräften des Landes, aus der Regierung und der SPD selbst, über die wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Ukraine und ihre mögliche Verstärkung. Insbesondere die Positionen von Scholz und Außenministerin Baerbock sind nach wie vor umstritten. Auf der einen Seite bekräftigt der Kanzler weiterhin seine Unterstützung für Kiew, kritisiert die Europäer ganz offen und fordert sie auf, «mehr zu tun». Auf der anderen Seite macht er einen Rückzieher und hält die Lieferung von Waffen und Soldaten zurück, indem er zur Vorsicht bei möglichen atlantischen Reaktionen aufruft, insbesondere nachdem Donald Trump im Falle seines Sieges im Präsidentschaftsrennen mit dem Rückzug der USA gedroht hat (D. Carretta, *Scholz chiama gli europei a fare di più per la armi a Kyiv*, in «Il Foglio», 11. Januar 2024 [PDF](#); D. Carretta, *Gli aiuti all'Ucraina*, in «Il Foglio», 20. Januar 2024 [PDF](#); F. Verderami, *Così i paletti dell'Europa sui conti rischiano di bloccare gli aiuti a Kiev*, in «Corriere della Sera», 20. Januar 2024 [PDF](#); C. Caridi, *Berlino: 'Basta tank'*, in «il Fatto Quotidiano», 20. Januar 2024 [PDF](#)).

Angesichts der Äußerungen Trumps war das deutsche politische Spektrum gespalten zwischen denen, die weiterhin die USA hofieren, und denen, die darauf drängen, dass die europäische Verteidigung unabhängiger von den USA wird. In diesem Sinne äußerte sich beispielsweise Norbert Röttgen, der CDU-Außenpolitiker, in einem Interview mit der «Stampa» (U. Audino, *Röttgen: 'è ora che l'UE si difenda da sola, abbiamo perso già troppo tempo'*, in «La Stampa», 12. Februar 2024 [PDF](#)). Die Aussicht auf eine neue isolationistische Ära der USA hat die Notwendigkeit, die nationale und europäische Verteidigung zu stärken, auf jeden Fall noch dringlicher gemacht. Mit dem Rückzug Washingtons aus Europa läuft Deutschland – wie auch die gesamte EU – Gefahr, einem möglichen Krieg mit Russland schutzlos ausgeliefert zu sein. Zwei Jahre nach der Ankündigung der Zeitenwende prangern Guerrera und Mastrobuoni in der «Repubblica» an, es sei «schwer, konkrete Ergebnisse zu sehen». Allerdings hat Verteidigungsminister Boris Pistorius in den letzten Monaten mehr als ein Tabu gebrochen. Einerseits hat er betont, dass sein Land kriegstauglich werden muss, d.h. nicht nur bereit für den Krieg, sondern auch fähig, ihn zu führen. Etwas, das bis vor ein paar Monaten noch undenkbar war. Andererseits sagte er, dass Deutschland auch die Rekrutierung von Ausländern in Betracht zieht. Die beiden Journalisten fügen ein wichtiges Detail hinzu, das ihrer Meinung nach hilft, die weit verbreitete Stimmung über den Krieg und die deutsche Beteiligung zu verstehen: Pistorius ist heute der beliebteste Politiker in seinem Land (A. Guerrera, T. Mastrobuoni, *Londra e Berlino pronte a rafforzare gli eserciti. 'È un mondo pre-guerra'*, in «la Repubblica», 25. Januar 2024 [PDF](#)). Isabella Bufacchi weist jedoch in «Il Sole 24 Ore» darauf hin, dass die Mehrheit der Deutschen, obwohl sie für die Aufrüstung ihres Landes und die Unterstützung der Ukraine sind, gegen eine Eskalation sind: Die Aufrüstung muss eine rein defensive Funktion im Falle eines Angriffs haben. Und genau das ist der Grund, mit dem Scholz noch Ende Februar seine Weigerung begründete, den Taurus an Kiew zu liefern (I. Bufacchi, *In Germania prevale in no all'escalation*, in «Il Sole 24 Ore», 28. Februar 2024 [PDF](#)). In dieser Frage ist die italienische Presse gespalten: es gibt diejenigen, die in den Worten und der Haltung des Kanzlers eine Mischung aus Zweideutigkeit und

Feigheit sehen, und diejenigen, die stattdessen seine Vorsicht hervorheben. Francesco De Felice beschuldigt im «Giornale» «den Bannerträger der epochalen Wende», «Angst vor den Folgen des Prozesses zu haben, den er in Gang gesetzt hat» (F. De Felice, *‘Diamo i Taurus a Kiev’. I generali intercettati e l’imbarazzo di Scholz*, in «il Giornale», 3. März 2024 [PDF](#)). Das Zögern von Scholz spiegelt für Sergio Fabbrini in erster Linie die pro-russische Haltung seiner Partei und die von ihm vertretenen industriellen Interessen wider. Das Ziel sei es, Frieden zu erreichen, ohne Russland zu demütigen, «weil wir in Zukunft wieder mit ihm Geschäfte machen werden» (S. Fabbrini, *Modello Germania per l’Ucraina nella NATO*, in «Il Sole 24 Ore», 3. März 2024 [PDF](#)). Dagegen schreibt Marco Bascetta, dass Scholz «über eine politische Rationalität und einen präzisen Bezug zur deutschen Geschichte verfügt, die seinen Verbündeten zu fehlen scheinen». Er bezieht sich dabei sowohl auf die Grünen und ihre «unverantwortliche kriegerische Rhetorik» als auch auf die Liberalen und ihren «schamlosen Versuch, den Krieg zu nutzen, um dem verhassten Sozialsystem einen Schlag zu versetzen». Ansonsten geht es dem Kanzler, der sich der historischen Verantwortung seines Landes bewusst ist, vor allem um einen entscheidenden politischen Punkt: Er will jedes Anzeichen eines direkten Konflikts mit Moskau vermeiden (M. Bascetta, *I Verdi di guerra insidiano Scholz*, in «il manifesto», 1. März 2024 [PDF](#)). Dies – so schreibt Claudio Paudice in der «HuffPost» – hat ihn jedoch nicht davon abgehalten, mehr als ein «diplomatisches Missgeschick» zu begehen, darunter gefährliche öffentliche Andeutungen über eine direkte militärische Beteiligung einiger Verbündeter (C. Paudice, *Operazione anti-Taurus. Putin spia l’esercito tedesco e costringe Scholz a non fornire i missili a Kiev*, in «HuffPost», 2. März 2024 [LINK](#)). Und dies, nachdem Russland eine weitere Schwachstelle im deutschen – und damit westlichen – Sicherheitssystem aufgezeigt hat, indem es abgehörte Gespräche hoher deutscher Beamter über die mögliche Entsendung von Taurus ausstrahlte, obwohl der Regierungschef dagegen war. Mara Gergolet spricht von einer «sehr ernststen Sicherheitslücke» (M. Gergolet, *L’esercito spiato e le inchieste, Scholz nell’incubo dei missili. Mosca attacca: vuole la guerra*, in «Corriere della Sera», 3. März 2024 [PDF](#)), Sebastiano Canetta von Deutschlands «Siebgeheimdienst» (S. Canetta, *Pa-*

*nico a Berlino, il muro di Scholz contro i leak russi sui missili Taurus*, in «il manifesto», 5. März 2024 [PDF](#)), Alessandro Rico hingegen spricht von «Demütigung» der Berliner Regierung (A. Rico, *Le spie russe umiliano Berlino. Parigi tiene in caldo le forze speciali*, in «LaVerità», 3. März 2024 [PDF](#)).

Für Giardina werfen das Zögern von Scholz, die ständigen Verletzungen der deutschen Sicherheit durch Russland, die Beziehungen des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder zu Moskau und Gazprom sowie die historischen Beziehungen der SPD zum Kreml in Sachen Gas eine wichtige Frage auf, nämlich ob Deutschland pro-russisch ist. Und das Schweigen Berlins nach dem Anschlag auf Nord Stream I und II, so Giardina abschließend, «ist vielsagend» (R. Giardina, *Il caso Scholz. Dubbi a Berlino: la Germania è filorussa?*, in «Quotidiano nazionale», 4. März 2024 [PDF](#)). «Deutschland war schon immer der Schwachpunkt in den westlichen Beziehungen zu Moskau», kritisiert Paolo Valentino im «Corriere della Sera». Mit der einzigen Ausnahme von Helmut Schmidt, erklärt er, haben die deutschen Bundeskanzler immer politische und wirtschaftliche Beziehungen zum Kreml geknüpft. Putin seinerseits hat sie «bearbeitet» und eine Beziehung aufgebaut, die sehr oft «den russischen Interessen zugute kam». Der Krieg in der Ukraine hat dieses historische Paradigma zwar umgestoßen, aber «die alten Wahrnehmungen nicht verändert». Und, so schließt er, egal wie viele Tränen Scholz auch vergießen mag, eine Schattenlinie bleibt bestehen, und es ist schwierig, sie zu überschreiten (P. Valentino, *Le trame di Putin su Berlino*, in «Corriere della Sera», 5. März 2024 [PDF](#); siehe auch T.A. De Filippo, *L'anello debole è la Germania*, in «ItaliaOggi», 19. März 2024 [PDF](#)). Stefano Stefanini, italienischer Botschafter und ständiger Vertreter in der NATO, vertritt eine andere Auffassung. Seiner Meinung nach hat die Abhöraffaire der jahrzehntelangen Ostpolitik, einer der grundlegenden Achsen der europäischen Geopolitik, «den Todesstoß versetzt». An diesem Punkt angelangt, birgt Scholz' hartnäckige Zurückhaltung bei der Entsendung von Taurus nach Kiew die Gefahr eines «tragischen *too little too late*». Es ist an der Zeit, so der Botschafter abschließend, dass «Scholz den Rubikon überschreitet» und eine endgültige Entscheidung trifft (S. Stefanini, *Il colpo finale a decenni di Ostpolitik. Berlino deve fare una*

*scelta di campo*, in «La Stampa», 5. März 2024 [PDF](#)). Im «Foglio» kommentiert Carretta die Weigerung Berlins, die europäische Verteidigung durch die Ausgabe von Eurobonds zu finanzieren, und beschuldigt den Kanzler, sich – wieder einmal – von Angst leiten zu lassen: vor einem direkten Konflikt mit Russland, vor einer nuklearen Eskalation, vor einem Rückzug der USA von der europäischen Bühne, vor den Europawahlen. Und «Scholz’ Angst», so schließt er, «ist zu Putins großem strategischen Vorteil in der Ukraine geworden» (D. Carretta, *Volenterosi pro Kyiv*, in «Il Foglio», 2. April 2024 [PDF](#)). Carretta schreibt ferner, dass die andauernden «Sticheleien» zwischen dem deutschen Bundeskanzler und dem französischen Präsidenten die Effektivität und Sicherheit Europas weiter untergraben. Anstatt die Mobilisierung der Europäer wieder in Gang zu bringen und Widerstände und Zögern zu überwinden, führen «persönliche Rivalitäten, Missverständnisse und deutsch-französische Tabus zum gegenteiligen Ergebnis» und sorgen auch in Deutschland für Unruhe. Röttgen forderte die beiden europäischen Staats- und Regierungschefs auf, ihre Probleme zu lösen, und erinnerte sie daran, dass «es in Europa Krieg gibt» (D. Carretta, *La baruffa tra Scholz e Macron sull’Ucraina incrina l’efficacia europea*, in «Il Foglio», 1. März 2024 [PDF](#)). Nach wochenlangem Streit über die Ukraine, gegenseitigen Verleugnungen und schlecht versteckter Antipathie haben Scholz und Macron auf Vermittlung des polnischen Premierministers Donald Tusk in Berlin «Einigkeit» demonstriert, um die Pattsituation in Europa in Bezug auf die Unterstützung für Kiew zu durchbrechen und eine gemeinsame Strategie gegen Moskau zu finden (M. Gergolet, *Macron-Scholz, show di unità. Armi a Kiev con i soldati russi?*, in «Corriere della Sera», 16. März 2024 [PDF](#); siehe auch S. Canetta, *Si ricompone l’asse Weimar, al centro la produzione di armi a lungo raggio*, in «il manifesto», 16. März 2024 [PDF](#)). Auch wenn eine gewisse Annäherung erreicht wurde, bleiben die Differenzen bestehen: Scholz ist weder für die von Macron geforderte europäische Zeitenwende, noch für die Entsendung von NATO-Truppen und Taurus bereit (D. Carretta, *Il triangolo europeo*, in «Il Foglio», 16. März 2024 [PDF](#); A. Ginori, T. Mastrobuoni, *Patto a tre per i missili a Kiev ma Scholz e Macron sono divisi*, in «la Repubblica», 16. März 2024 [PDF](#)). Dessen ungeachtet versäumten es einige italienische Zeitungen



[PDF](#)). Scharf fiel auch die Bemerkung von Lucio Caracciolo aus, Deutschland habe «eine schlechte Anpassungsfähigkeit, wenn es in eine Krise gerät». Auf internationaler Ebene, so erklärt er, verliert es den Krieg viel mehr als wir. Dies hat auch innenpolitisch schädliche Folgen, wo wir eine ausdrückliche Rückkehr des Nationalismus erleben, sowohl mit der AFD als auch mit Sahra Wagenknechts Bewegung, die dazu neigt, Westdeutschland von der ehemaligen DDR zu trennen (S. Cannavo, *Caracciolo: 'Ecco perché stiamo perdendo la guerra'*, in «il Fatto Quotidiano», 15. Februar 2024 [PDF](#)). In einem Kommentar in «la Repubblica» räumt Valensise hingegen ein, dass Deutschland im Vergleich zu vor zwei Jahren «nicht wiederzuerkennen» sei, eben weil es in der Lage sei, Verteidigungsfragen mit mehr Realismus und weniger Ideologie anzugehen, und zwar in dem Maße, dass es den französischen Vorschlag zur nuklearen Abschreckung in Betracht ziehe (M. Valensise, *L'inizio di una difesa comune*, in «la Repubblica», 19. Februar 2024 [PDF](#)).

Hatte die italienische Presse hinsichtlich der ukrainischen Kriegsfront fast durchgehend die Unsicherheit hervorgehoben, mit der Deutschland gehandelt hat, so ist das Bild an der Nahost-Front ein ganz anderes. Die vorherrschende Idee ist das eines geeinten und entschlossenen Landes, das Israel seine ganze Unterstützung zusichert, ohne jedes Zögern, ohne jedes Zaudern und in der Tat mit großem Entschlusswillen. Nach dem 7. Oktober gehörte die Berliner Regierung zu den ersten, die jede pro-palästinensische Demonstration verboten und Tel Aviv-kritische Vereine und Organisationen aufgelöst haben. Sie ergriff eine Reihe von Maßnahmen gegen Antisemitismus, sowohl aktiv als auch passiv. So hat sie beispielsweise eine Verpflichtung zur Bekämpfung des Antisemitismus zur Voraussetzung für den Erhalt bestimmter Kunstfördermittel gemacht. Innenministerin Nancy Faeser schlug daraufhin vor, die Achtung Israels und der Juden zu den Bedingungen für den Erhalt eines deutschen Passes zu zählen. «Il Foglio», eine offen pro-israelische Tageszeitung, bewertete das Vorgehen Berlins sehr positiv und bezeichnete es als ein Beispiel für Staatsräson, das seine Verpflichtung begegnet, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen (G. Meotti, *Never again*, in «Il Foglio», 19. Januar 2024 [PDF](#)). Viele haben auf die historische Verantwortung Berlins als Ursache für diese

völlig andere Haltung hingewiesen. Deutschland hat sich auch auf die Seite Israels und der Regierung Netanjahu gestellt, als Südafrika vor dem Internationalen Strafgerichtshof den Vorwurf des Völkermordes erhob und ihn als «unbegründet» und «instrumentell» anprangerte (T. Mastrobuoni, *Berlino in campo per sostenere lo Stato ebraico: 'Denuncia infondata'*, in «la Repubblica», 13. Januar 2024 [PDF](#)).

Die italienischen Medien beobachteten jedoch Anfang Februar einen zaghaften Wandel in der Haltung Berlins angesichts der israelischen Militärreaktion in Rafah und des schwindelerregenden Anstiegs der Zahl der palästinensischen Zivilisten. Obwohl die deutsche Regierung zögerte, Sanktionsmaßnahmen gegen Israel zu ergreifen, versuchte sie, einen Waffenstillstand zu erreichen, indem sie ihre Außenministerin Annalena Baerbock nach Tel Aviv schickte. Ebenfalls im Februar wurde die Scholz-Regierung wegen ihrer fast bedingungslosen Unterstützung Israels von einer Reihe von ‚Schlägen‘ getroffen. Eine erste Klage kam im Februar, als zwei Anwälte von palästinensischen Familien mit Verwandten in Gaza die deutsche Regierung der Komplizenschaft mit dem Völkermord im Gazastreifen beschuldigten. Formal landeten Kanzler Olaf Scholz, Außenministerin Annalena Baerbock, Wirtschaftsminister Robert Habeck und Finanzminister Christian Lindner vor dem Bundesverfassungsgericht. Anfang April war es dann das Nicaragua von Daniel Ortega, das Deutschland vor den Gerichtshof in Den Haag brachte und nur wenige Tage später wurde eine weitere Anklage gegen die Berliner Regierung beim Landgericht der Hauptstadt eingereicht. Diesmal waren es die Anwälte des European Center for Constitutional and Human Rights, die im Namen von fünf Familien aus Gaza, deren Angehörige von der israelischen Armee getötet wurden, Klage erhoben haben (S. Canetta, *Causa al governo 'complice del massacro'*, in «il manifesto», 25. Februar 2024 [PDF](#); M. Gergolet, *E il Nicaragua porta la Germania alla Corte dell'Aia: Aiuta Israele nel genocidio'*, in «Corriere della Sera», 9. April 2024 [PDF](#); S. Canetta, *'Basta armi a Tel Aviv': famiglie gazawi fanno causa alla Germania*, in «il manifesto», 13. April 2024 [PDF](#)). In allen drei eingereichten Anträgen wird gefordert, dass Deutschland die Waffenlieferungen an Israel einstelle. Daniel Mosseri lobte im «Foglio» die Verteidigungslinie, die die Leiterin des Juristi-

schen Dienstes des deutschen Außenministeriums, Tania von Uslar-Gleichen, in Den Haag präsentierte. Nachdem sie Ortegas Anschuldigungen als unzulässig zurückgewiesen hatte, erklärte Uslar-Gleichen, Deutschland habe aus seiner Vergangenheit, einschließlich seiner Verantwortung für die Shoah, gelernt, indem es die Verteidigung des Existenzrechts Israels zu einem der Eckpfeiler seiner Außenpolitik gemacht habe. Vielmehr, so kommentiert Mosseri die Rede des deutschen Juristen, seien es «islamische Radikale und diejenigen, die sie aus politischem Interesse unterstützen», die einen Völkermord begingen. Tatsächlich betitelt er den Artikel polemisch: *La giurista tedesca che ricorda agli smemorati dell’Aia cos’è Hamas* (deutsch: *Der deutsche Jurist, der die Vergesslichen in Den Haag daran erinnert, was die Hamas ist*) (in «Il Foglio», 10. April 2024 [PDF](#)).

Auch kritischen Stimmen gegenüber der Berliner Regierung, sowohl intern als auch extern, wurde in «il manifesto» Platz eingeräumt. Carola Spadoni rekonstruierte in der Kulturbeilage der linken Tageszeitung «Alias» einerseits die lange Liste der zensierten Veranstaltungen und gestrichenen Fördermittel, andererseits dokumentierte sie verschiedene Formen des kulturellen und öffentlichen Widerstands gegen diese Maßnahmen. In der Tat war die Mobilisierung in Deutschland gegen die Zensur, die in der Welt der Kunst und Kultur unter dem angeblichen Vorwurf des Antisemitismus durchgeführt wurde, sehr stark. Viele ausländische Künstler, Intellektuelle und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens im Allgemeinen traten öffentlich von deutschen Kulturinitiativen dieser Art ab und nahmen sehr kritische Positionen gegenüber Deutschland ein. Dazu gehören die israelische Psychoanalytikerin Iris Hefets, die den von ihrem Land begangenen «Völkermord» öffentlich verurteilte (C. Spadoni, *Parlare ancora e ancora*, in «Alias» («il manifesto»), 3. Februar 2024 [PDF](#)) und die Schriftstellerin Annie Ernaux, die sich an der Boykottbewegung *Strike Germany* beteiligte. Die nordamerikanische jüdische Autorin Naomi Klein fällt ein besonders hartes Urteil, indem sie Berlin vorwarf, «Gefangene einer eingefrorenen, abstrakten Sichtweise des Holocaust» zu sein. Diese Abstraktion wiederum erzeugt «ein unzerbrechliches Gefühl der nationalen Schuld» und ist unfähig, Raum für die Realität zu schaffen (C. Spadoni, *Gli archivi del silenzio*, in «Alias»

(«il manifesto»), 3. Februar 2024 [PDF](#)). Wiederum stellte «il manifesto» in Deutschland «ein surreales Ausmaß an Paranoia» und ein Klima des «McCarthyismus» fest, in dem jeder, der das Verhalten Israels kritisiert, des Antisemitismus beschuldigt wird. Sinnbildlich ist der Vorwurf gegen Moshe Zuckermann, einen israelischen Professor, der Experte für die Shoah und einer der Unterzeichner der Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus ist (S. Heartter, *Il governo tedesco supera se stesso: 'Moshe Zuckermann antisemita'*, in «il manifesto», 26. März 2024 [PDF](#)).

Dennoch stellten zahlreiche italienische Zeitungen eine Rückkehr des Antisemitismus in Deutschland fest. Insbesondere «Il Foglio» widmete sowohl einzelnen Gewalttaten gegen Juden, die sich auf deutschem Boden ereigneten, als auch einem allgemeinen antijüdischen Klima viel Raum (G. Meotti, *Vietato agli ebrei*, in «Il Foglio», 8. Februar 2024 [PDF](#); F. Bassotti, *Il virus che si risveglia*, in «Il Foglio», 11. März 2024 [PDF](#); *Rispettare gli ebrei per essere tedeschi*, in «Il Foglio», 29. März 2024 [PDF](#)).

## WIRTSCHAFT UND FINANZEN

(DEUTSCHE PRESSE)

Die italienische Wirtschaft im ersten Quartal des Jahres 2024 wurde in der deutschen Presse auf unterschiedliche Weise dargestellt. Einige Beobachter waren überrascht von den unerwartet positiven Ergebnissen, andere wiederum wiesen auf Indikatoren hin, die eine drohende Krise ankündigen würden.

Auf der Pressekonferenz zum Jahresende (die tatsächlich am 4. Januar stattfand) erklärte die Ministerpräsidentin, sie sehe vielversprechende Signale für die italienische Wirtschaft. In der deutschen Presse wird jedoch festgestellt, dass die Prognosen für den Abbau der italienischen Staatsverschuldung in Wirklichkeit bescheiden sind. Schubert, der diese Diskrepanz in der «FAZ» kommentiert, berichtet über die Schilderung eines Gesprächs von Minister Giorgetti mit seinem Amtskollegen Christian Lindner. Der deutsche Finanzminister soll gescherzt haben, dass der italienische Staat, der zu 140% des BIP verschuldet ist, dachte, er könne die Investitionen seiner Bürger in die energetische Sanierung mit dem 110%igen Gebäudesuperbonus vollständig decken. Hier wird auch über die Kritik von Präsident Mattarella am neuen Wettbewerbsgesetz berichtet, insbesondere in Bezug auf die alte Frage der Ausschreibung von Strandkonzessionen. Laut Schubert hat der Staatschef das Dekret nur deshalb unterzeichnet, um die Auszahlung weiterer Tranchen des Nationalen Konjunkturprogramms nicht zu gefährden (C. Schubert, *Meloni sieht 'ermutigende Zeichen' für die Wirtschaft*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 5. Januar 2024 [PDF](#)). Die linke Presse kommentierte den Optimismus der italienischen Ministerpräsidentin mit großer und zuweilen beißender Ironie (M. Braun, *Tutto benissimo bei Georgia [sic] Meloni*, «Die Tageszeitung», 5. Januar 2024 [PDF](#)).

Die Anfang März von ISTAT veröffentlichten Daten über die Entwicklung des Staatshaushalts gaben Anlass zur Sorge. Das Defizit, das im Herbst 2023 von der Regierung Meloni auf etwa 5,3 Prozent geschätzt wurde, liegt jetzt bei 7,2 Prozent. Die meiste Schuld wird dem Superbonus zugeschoben (C. Schubert, *Italien weist überraschend hohes Statsdefizit aus*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 2. März 2024 [PDF](#)). Schubert betont, dass die gravierende Schiefelage des öffentlichen Haushalts Minister Giorgetti unter Druck gesetzt habe, der, unfähig, die tatsächliche Entwicklung des Haushalts vorherzusehen, versucht habe, sich zu verteidigen, indem er die Schuld auf den Landesrechnungshof abwälzte. Der Journalist der «FAZ» kommentiert: «Statt einer Schuldzuweisung hat man den Eindruck, Minister Giorgetti habe sein Haus nicht in Griff» (C. Schubert, *Italiens Finanzminister unter Druck*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 6. März 2024 [PDF](#)). Zwei Wochen später kam Schubert auf das Thema Superbonus zurück und erinnerte daran, wie Giorgia Meloni zu Zeiten der Draghi-Regierung wie eine Verrückte gegen die Maßnahme gewettert hatte (C. Schubert, *Alles für den Bau – Italiens falsche Prioritäten*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 20. März 2024 [PDF](#)).

Die Ende Januar auf dem Forum in Davos von Giorgetti gemachte Ankündigung über die bevorstehende Privatisierung von Unternehmen wurde in der «FAZ» als Verkauf des ‘Tafelsilbers’ oder, in einem italienischeren Ausdruck, als ein (Aus-)Verkauf des ‘Familienschmucks’ geschildert. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass es sich nicht um eine vollständige Veräußerung von Staatsanteilen handelt, sondern um eine Reduzierung der von der Regierung gehaltenen Anteile (C. Schubert, *Italien muss Tafelsilber verkaufen*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 23. Januar 2024 [PDF](#)). Ende März hat die italienische Regierung einen Schritt in diese Richtung unternommen und ein Dekret verabschiedet, das die Beteiligung des Staates an der Poste Italiane von 64% auf 35% reduziert. Darüber hinaus sollen die Zustelldienste durch Kooperationsvereinbarungen mit deutschen Anbietern wie DHL und Sennder Technologies gestärkt werden (C. Schubert, *Italien gibt die Mehrheit der Post ab*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 21. März 2024 [PDF](#)).

Große Aufmerksamkeit erfährt auch die Krise des ehemaligen Ilva-Werks in Tarent. Hervorgehoben wird hierbei die Bereit-

schaft der Regierung Meloni, das Werk nicht zu verstaatlichen, weil sie glaubt, dass der Staat es nicht besser führen kann als private Unternehmer (C. Schubert, *Italiens Stahlhoffnung auf der Kippe*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 10. Januar 2024 [PDF](#)). In der Tat ist es das Ziel der italienischen Exekutive, eine einvernehmliche Trennung mit ArcelorMittal zu erreichen und neue Investoren zu finden, auch wenn das Szenario einer Verstaatlichung aufgrund fehlender Alternativen befürchtet wird (D. Straub, *Staat greift auf Stahlwerk zu*, in «Frankfurter Rundschau», 19. Januar 2024 [PDF](#)). Die Regierung hat am 19. Februar die Sonderverwaltung der Acciaierie d'Italia aktiviert. Die Zukunft des Stahlwerks in Tarent, schreibt Braun in der «Tageszeitung», erscheint unvorhersehbar (M. Braun, *Italien verstaatlicht Megastahlwerk*, in «die Tageszeitung», 21. Februar 2024 [PDF](#)). Die neuen staatlichen Maßnahmen, kommentiert Braun, sehen aus wie die «verlängerte Agonie» eines hoffnungslosen Unternehmens, das nur Schulden anhäuft, während es Taranto weiter verschmutzt. Meloni, die für ihre Betonung der Privatinitiative bekannt ist, scheint nun eine Industriepolitik der öffentlichen Intervention zu befürworten. Dies ist jedoch nicht der Fall, stellt Braun fest: Es gibt keinen langfristigen Plan (M. Braun, *Verlängerte Agonie*, in «die Tageszeitung», 21. Februar 2024 [PDF](#)). Die Presse unterstreicht ferner die gegenseitigen Vorwürfe zwischen der italienischen Regierung und ArcelorMittal wegen der Nichteinhaltung von Verpflichtungen. Sie stellt fest, wie der französisch-indische Mischkonzern mit dem Pachtvertrag interveniert hat, ohne sich mit der Regierung auf einen endgültigen Verkauf der Anlagen einigen zu können. Die italienische Regierung, kommentiert Schubert, scheint nun verzweifelt nach einem neuen privaten Investor zu suchen (C. Schubert, *Europas größtes Stahlwerk steht vor der Insolvenz*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 22. Februar 2024 [PDF](#)).

In diesem Quartal sind auch die Aussichten für die Automobilindustrie in Italien besorgniserregend, denn Stellantis hat sich still und leise von FIAT zurückgezogen. Es fällt auf, dass Volkswagen Stellantis beim Absatz auf dem italienischen Markt ab Dezember 2023 überholt hat. Das ehemalige Turiner Unternehmen hat jetzt einen Marktanteil von nur noch 9,5%. Luca Cordero di Montezemolo, ehemaliger Chef von Ferrari,

beobachtet, dass die Entscheidungen von Stellantis jetzt in Paris und nicht mehr in Turin getroffen werden (U. Sauer, *Italien bangt um seine Autoindustrie*, in «Süddeutsche Zeitung», 1. Februar 2024 [PDF](#)). Ende Februar berichteten deutsche Zeitungen über Stellantis Besorgnis über die von Industrieminister Adolfo Urso initiierten Gespräche über die mögliche Eröffnung eines Werks in Italien mit dem chinesischen Unternehmen BYD, dem Weltmarktführer in der Produktion von Elektroautos (A. Favalli, *BYD startet Europaoffensive*, in «Junge Welt», 29. Februar 2024 [PDF](#)).

Mit großem Interesse hat die deutsche Presse den Verkauf des Festnetzes von TIM an den amerikanischen *Private Equity* Fonds KKR verfolgt. Einige haben dies als einen Verkauf von «Tafelsilber» durch das italienische Unternehmen interpretiert, obwohl die Regierung beabsichtigt, einen Anteil von 20% am Kapital zu behalten. Gleichzeitig wurden die erheblichen Unterschiede zwischen der Situation der Telekommunikationsnetze in Italien und in Deutschland hervorgehoben. Während das Festnetz von TIM große Unsicherheiten aufwirft, ist die Deutsche Telekom stattdessen «standhaft wie ein Fels» (A. Pilmes, *Telecom Italia verkauft das Tafelsilber*, «Euro am Sonntag», 19. Januar 2024 [PDF](#)).

In den Medien wurde auch dem Dauerthema der ehemaligen Alitalia viel Raum gewidmet. Es wurde hervorgehoben, wie der Abschluss der Vereinbarung zur Übernahme von ITA Airways durch Lufthansa von der Europäischen Kommission verzögert wurde (G. Feldbauer, *Aufatmen bei Lufthansa*, in «Junge Welt», 11. Januar 2024 [PDF](#)). Aus Sorge um die mögliche Gründung einer marktbeherrschenden Stellung beschloss letztere jedoch, einen Markttest durchzuführen, um sicherzustellen, dass die Wettbewerbsbedingungen gegeben sind, was nun eine Pattsituation befürchten lässt. Es ist zu befürchten, dass die Operation im Sande verläuft oder auf September, nach den Wahlen, verschoben wird (J. Koene, O. Scheer, C. Wermke, *Lufthansa-Einstieg bei ITA wird zur Hängepartie*, in «Handelsblatt», 22. Januar 2024 [PDF](#)). Der Verkauf von Ita schien Anfang März noch ungewisser zu werden, da die Europäische Kommission eine *Mitteilung der Beschwerdepunkte* übermittelte, die Hindernisse für den Abschluss des Geschäfts enthielt, die wiederum wettbewerbsrechtlicher Natur waren und vom ‚Handelsblatt‘ teilweise bestritten wurden (J. Koennen, O. Scheer, *Brüssel verzögert ITA-Übernahme –*

zu Recht?, in «Handelsblatt», 7. März 2024 [PDF](#)). In einem Interview mit der «FAZ» Ende März hebt Präsident Antonio Turicchi die Verringerung der Verluste dank einer Zunahme der Langstrecken hervor und erklärt, dass Ita eine ‘Heirat’ mit Lufthansa als einzige Option betrachtet Schubert, *ITA will nur Lufthansa als Bräutigam*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 28. März 2024 [PDF](#)).

Ein Teil der italienischen Presse verweist, wenn auch mit einer gewissen Zurückhaltung, auf die Widerstandsfähigkeit der italienischen Wirtschaft. Das 28%ige Wachstum des FTSE-MIB-Index im Jahr 2023 wird als ein wahres ‘Aktienfest’ bezeichnet. Schubert hält zwar eine ähnliche Entwicklung im Jahr 2024 für unwahrscheinlich, räumt aber ein mögliches weiteres BIP-Wachstum zwischen 0,7% und 1% ein (C. Schubert, *Nach Mailands Aktienparty kehrt mehr Vorsicht ein*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 30. Januar 2024 [PDF](#)). Schubert, der die Aktivitäten des Verteidigungsunternehmens Leonardo verfolgt, zeigt dennoch eine gewisse Wertschätzung für dessen CEO, Roberto Cingolani, sowohl für seine wissenschaftliche Karriere als auch für den pragmatischen und unkonventionellen Ansatz, mit dem er das Unternehmen führt. Der Industrieplan, den Cingolani im März vorstellte, erklärt Schubert, offenbart den strategischen Charakter der Kooperationen, die mit amerikanischen, japanischen und europäischen Partnern, vor allem mit deutschen, eingeleitet wurden oder gerade eingeleitet werden (C. Schubert, *Leonardo sucht den Anschluss*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 13. März 2024 [PDF](#)). So hält Leonardo 22,8% des Aktienkapitals des deutschen Unternehmens Hensoldt, das sich auf elektronische Verteidigungskomponenten spezialisiert hat. Ziel ist es, eine direkte Zusammenarbeit im Rahmen der allgemeinen Bemühungen, ein europäisches Unternehmen zu werden, aufzubauen. Cingolani selbst bestätigte die Zustimmung der deutschen Regierung zu einer stärkeren Präsenz von Leonardo in Deutschland (C. Schubert e M. Frühauf, *Leonardo nähert sich wieder Hensoldt an*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 2. März 2024 [PDF](#)).

Die «Süddeutsche Zeitung» zeigte sich interessiert an dem neuen Kurs, den Pier Silvio Berlusconi der MediaForEurope-Gruppe, dem Erben von Mediaset, vermittelte. Sie hob insbeson-

dere die Ernsthaftigkeit und das Engagement hervor, mit denen der Sohn von Silvio Berlusconi daran arbeitet, das Profil seiner Fernsehsender zu verbessern, nicht nur, indem er sie weniger banal macht, sondern auch, indem er sie kulturell und politisch diversifiziert. Auf diese Weise ist es Berlusconis Fernsehen gelungen, die Einschaltquoten von Rai zu übertreffen, das heute von vielen Zuschauern verlassen wird, weil es als 'Tele-Meloni' gilt ( U. Sauer, *Berlusconi-Sohn macht auf seriös*, in «Süddeutsche Zeitung», 22. Februar 2024 [PDF](#)).

Anfang Februar erörtert Schubert die Risiken einer Unterschätzung der italienischen Wirtschaft. Deutsche Unternehmer glauben fälschlicherweise, dass Italiens Hauptexporte nach Deutschland in den Bereichen Lebensmittel und Mode liegen. Im Gegenteil, das größte Volumen betrifft vor allem die Sektoren Stahl, Maschinenbau, Chemie und Pharma. Dieser Fehler in der Einschätzung, so erklärt er, führt zu Kosten und Verlusten, wie z.B. im Fall von Fondsmanagern, die in wachstumsstarke Unternehmen wie Unicredit, Leonardo oder Ferrari investiert haben. Ende 2023 bestanden nur 0,6 Prozent des Vermögens der deutschen Investmentfonds aus Aktien italienischer Unternehmen. Das politische und makroökonomische Umfeld, so Schubert abschließend, erklärt zum Teil die geringe Beachtung, die die italienische Wirtschaft genießt. So wird beispielsweise die Steuer auf die Extraprofite der Banken, die von der Regierung Meloni nachträglich verwässert wurde, als «sinnlos» bezeichnet (C. Schubert, *Unterschätztes Italien*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 6. Februar 2024 [PDF](#)).

In einem langen Artikel in der «Euro am Sonntag» von Anfang April werden die Entwicklung der Mailänder Börse, der Wertzuwachs der italienischen Bankaktien und die Erfolge der Regierung bei der Refinanzierung der Staatsschulden, an denen der Anteil der italienischen Kleinsparer gewachsen ist, enthusiastisch dargestellt. Nach einem besonders glücklichen Jahr 2023 steht uns ein Jahr mit günstigen Aussichten bevor. Dieses rosige Bild wird jedoch durch einige negative Faktoren getrübt, die fast wie «Essigtropfen im Wein» wirken: das mittelmäßige Rating, das Moody's für die italienische Staatsverschuldung vergeben hat, die Auswirkungen des Superbonus auf die öffentlichen Haushalte und die Aussicht auf ein weiteres Wachstum des Anteils

der öffentlichen Schulden am BIP (G. Bläske, *Italienischer Charme*, in «Euro am Sonntag», 5. April 2024 [PDF](#)). Schubert zeichnet in der Tat ein deutlich weniger positives Bild und prognostiziert ein weiteres Wachstum der italienischen Staatsverschuldung, die Schätzungen zufolge bis zum Ende des Jahres bis zu 10 Prozent des BIP erreichen wird. Dem Journalisten der ‚FAZ‘ ist nicht entgangen, dass in dem am 9. April von der Regierung vorgelegten Wirtschafts- und Finanzdokument Prognosen zur Neuverschuldung und zur Gesamtverschuldung des Staates bis 2024 fehlen. Nachdem er über den Verdacht des Ökonomen Carlo Cottarelli berichtet hatte, dass die Regierung Meloni die Veröffentlichung alarmierender Nachrichten bis nach den Europawahlen aufschieben wollte, fügte Schubert hinzu, dass die Beibehaltung von Steuersenkungen nicht als glaubwürdige Strategie zum Abbau der Staatsverschuldung angesehen wird (C. Schubert, *Italiens Schulden steigen*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 10. April 2024 [PDF](#)). In der «Welt» wird das italienische Wachstum sogar noch negativer, nämlich als «eine große Illusion» beschrieben. In Ermangelung von Strukturreformen wird das italienische BIP-Wachstum nur durch Anreize wie den «Superbonus», PNRR-Fonds, Energiesubventionen und verschiedene Steuererleichterungen ausgelöst. Daher wird eine künftige Staatsschuldenkrise befürchtet, wenn die Inflation zurückgeht und die Zinssätze steigen, was zu einer weiteren Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Schulden und BIP führen würde. Auf den Frühling der italienischen Wirtschaft, so Stockers Fazit, wird ein kalter Winter folgen (F. Stocker, *Die große Italien-Illusion*, in «Die Welt», 11. April 2024 [PDF](#)).



## WIRTSCHAFT UND FINANZEN

(ITALIENISCHE PRESSE)

Das Jahr 2024 begann in Deutschland (und anderswo) mit einem erneuten Anstieg der Inflation, einer Wirtschaftskrise, einer Reihe von Streiks im Verkehrssektor, Streiks der Landwirte, aber vor allem mit einer Regierung ohne finanziellen Rückhalt. Im Dezember lehnte der Bundestag das Haushaltsgesetz ab und versetzte die Bundesregierung damit für über einen Monat in ein provisorisches Regime. Der Bundeshaushalt wurde erst Anfang Februar verabschiedet, mit großen Kürzungen im Gesundheitswesen, einer Schuldenbremse, aber Rekordinvestitionen. Ein Haushalt, der «spät und sogar stümperhaft» zustande kam, kommentiert Isabella Bufacchi in «Sole 24 Ore» (I. Bufacchi, *In Germania manovra con freno al debito e investimenti record*, in «Il Sole 24 Ore», 3. Februar 2024 [PDF](#)).

Zu den häufigsten Ausdrücken, die in der italienischen Presse in Bezug auf Deutschland im Berichtszeitraum verwendet wurden, gehören «kränkelnde Lokomotive» oder «in Bremsung», «schwer krank», «marode». und «Ballast Europas». Die Vorstellung ist die eines Landes, das durch den Zusammenbruch der Industrie, Stagnation und eine beispiellose Streikwelle gelähmt ist. Bascetta spricht in «il manifesto» von einer echten Krise des deutschen Modells (M. Bascetta, *C'era una volta il modello tedesco*, in «il manifesto», 17. Januar 2024 [PDF](#)); Morosini fragt «quo vadis Deutschland?» und skizziert das Bild eines Landes, das verloren und nun aufgerufen ist, sein politisches und wirtschaftliches Modell radikal zu überdenken (F. Morosini, *Germania. Anatomia di un gigante malato*, in «Il Piccolo», 18. Januar 2024 [PDF](#)). Die Rezession in Industrie und Wirtschaft war schlimmer als erwartet und zwang Deutschland dazu, selbst seine Prognose für

2024 nach unten zu korrigieren (I. Bufacchi, *La Germania rivede al ribasso le previsioni economiche per il 2024*, in «Il Sole 24 Ore», 22. Februar 2024 [PDF](#)). Es herrscht das Gefühl, kommentiert Gergolet, «eines Landes, das sich im Stillstand befindet und keinen Ausweg mehr sieht», da die Unternehmen täglich Entlassungen ankündigen und die Berufsgruppen streiken (M. Gergolet, *Scioperi e tonfo dell'industria. La Germania è in crisi*, in «Corriere della Sera», 8. Februar 2024 [PDF](#)). So wächst die Liste der Unternehmen, die Entlassungen vornehmen, weiter an, auch aufgrund der Umstellung im Automobilsektor auf Elektroautos und der ersten Auswirkungen von künstlicher Intelligenz (P. Mennitti, *Maledetta disoccupazione. Le aziende tedesche stanno rottamando i 'lavoratori semplici'*, in «il Giornale», 25. März 2024 [PDF](#)). Die Antwort, die die Regierung gegeben (oder auch nicht gegeben) hat, rief auch eine scharfe Reaktion der Industriellen hervor. Claudio Paudice schreibt in der «HuffPost» unter Bezugnahme auf ein Interview von Siegfried Russwurm in der «Süddeutschen Zeitung», dass die von Scholz geführte Regierung «nichts richtig gemacht hat», und zwar so sehr, dass die mächtige Industrielobby das «sanfte Vorgehen» der Regierung öffentlich demontiert hat. Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) warf der Regierung vor, wirtschaftlich «zwei Jahre vergeudet» zu haben. Und die Rüge der Lobby, betont Paudice, wird einerseits durch das Bild einer deprimierenden wirtschaftlichen Lage bestätigt, das die jüngsten Daten zeichnen, und andererseits durch die Welle von Protesten und Streiks, zu denen mehrere Parteien und verschiedene Kategorien aufgerufen haben. «Seit zwei Jahren ist der deutsche Motor kaputt», schließt er lapidar, «und jeder scheint nun erkannt zu haben, dass Scholz kein Mechaniker ist» (C. Paudice, *Scholz alla griglia. Gli industriali tedeschi demoliscono 'due anni buttati' di governo*, in «HuffPost», 3. April 2024 [PDF](#)).

Die Krise in der energieintensiven Industrie führt zu einer Abschwächung der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe, die durch den schwierigen Wiederaufbau der internationalen Lieferketten aufgrund der Pandemie und der Konflikte noch verschärft wird (A. Penati, *Germania malata d'Europa. Colpita dal morbo italiano*, in «Domani», 19. Januar 2024 [PDF](#); F. Ninfolo, *Germania pil zero*, in «MilanoFinanza», 20. Januar 2024 [PDF](#); N. Sunseri, *Germania Kaputt. L'operaio tedesco si ammala più di quello ita-*

liano, in «La Verità», 27. Januar 2024 [PDF](#); A. Pira, *La Germania zavorra l'Europa, in stagnazione. Italia e Francia a passo lento, va meglio la Spagna*, in «HuffPost», 30. Januar 2024 [PDF](#); U. Audino, *Voli bloccati e industria a picco. La Germania sempre più malata. Il governo: la ripresa è lontana*, in «La Stampa», 8. Februar 2024 [PDF](#); I. Bufacchi, *Germania in crisi, in un anno produzione industriale -3%*, in «Il Sole 24 Ore», 8. Februar 2024 [PDF](#); F. Onida, *Berlino è di nuovo la malata d'Europa*, in «Il Sole 24 Ore», 8. Februar 2024 [PDF](#)). Erschwerend für die sozioökonomische Situation in Deutschland ist die beispiellose Streikwelle im Verkehrssektor, die das Land praktisch lahmgelegt hat. Die italienische Presse widmete dem viel Aufmerksamkeit und veränderte damit auch das Bild von Deutschland als einem geordneten und funktionierenden Land (V.S. Canetta, *Sciopero dei ferrovieri, la Germania si ferma per un'intera settimana*, in «il manifesto», 23. Januar 2024 [PDF](#); N. Boffa, *Treni fermi. Una storia tedesca di lotte sindacali, carrozzoni fragili e carenze di ferro*, in «HuffPost», 24. Januar 2024 [PDF](#); Savignano, *La Germania paralizzata dagli scioperi dei trasporti*, in «Avvenire», 6. März 2024 [PDF](#)). Mehrere Zeitungen betonen, dass trotz der Schwere der Krise, die das Land durchlebt, Schulden in Deutschland ein Tabu bleiben. Mastrobuoni spricht von einer «verblendeten» Regierung, der der Mut fehle, «das einzig Vernünftige zu tun: die Schuldenbremse zu reformieren, diesen sehr schädlichen Verfassungszwang zu beseitigen». Die einstige Lokomotive Europas, so Mastrobuoni, ist «festgefahren», ein Gefangener der Rezession und eines starren Haushalts (T. Mastrobuoni, *La Germania depressa che guarda al passato*, in «Affari&Finanza» («la Repubblica»), 29. Januar 2024 [PDF](#); si veda in tal senso anche A. Bonetti, *La Germania torna 'il malato d'Europa'*, in «il Fatto Quotidiano», 11. Februar 2024 [PDF](#)). Für viele italienische Journalisten und Experten ist die deutsche Krise in der Tat auch das Ergebnis der eigenen Sparpolitik. Um aus ihr herauszukommen, sind daher mehr Flexibilität und eine Abkehr von der Haushaltsdisziplin notwendig, und dies auch zum Wohle der gesamten Eurozone (R. Giardina, *La crisi tedesca è fatta in casa*, in «ItaliaOggi», 18. Januar 2024 [PDF](#); E. Artaz, *La Germania è rimasta intrappolata nelle sue certezze*, in «MilanoFinanza», 6. Februar 2024 [PDF](#); F. Gorla, *La Germania nella trappola del rigore. Il Pil cade, ma la BCE non taglia i tassi*, in «La Stampa», 7. März 2024 [PDF](#)). In der «HuffPost»

spricht Claudio Paudice von einer «existenziellen Krise des berühmten deutschen Modells». Ende März haben die fünf führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute ein Dokument veröffentlicht, das einen «durchschlagenden Wendepunkt in der Wiege der Austerität» markiert: Nach Ansicht der Experten sollte die eiserne Regel der Schuldenbremse überarbeitet werden. Dies ist zwar nicht «das Allheilmittel für alle Übel», aber der einzige Weg, um zu Wachstum und mehr Investitionen zurückzukehren. Nach der Überwindung des Widerstands der Experten bleibt jedoch der «derzeit noch unerschütterliche Widerstand» des Finanzministers, des liberalen Falken Christian Lindner, bestehen (C. Paudice, *Germania cicala. Gli economisti di Berlino ora cambiano idea: per crescere bisogna fare più debito*, in «HuffPost», 28. März 2024 [LINK](#); I. Bufacchi, *Germania, 'il tetto al debito va rivisto'*, in «Il Sole 24 Ore», 28. März 2024 [PDF](#)).

Auch auf europäischer Ebene ist das deutsche Misstrauen gegenüber dem Schuldtitel ungebrochen. So hat sich Berlin gegen die Ausgabe von Eurobonds zur Finanzierung der gemeinsamen Verteidigung ausgesprochen und damit ein weiteres Tauziehen mit Paris ausgelöst (F. Basso, *Eurobond per finanziare la difesa, no di Berlino*, in «Corriere della Sera», 24. Februar 2024 [PDF](#); C. Tito, *Eurobond per la difesa. Nuovo scontro tra Berlino e Parigi*, in «la Repubblica», 24. Februar 2024 [PDF](#)). Für Beda Romano handelt es sich um mehr. Finanzminister Christian Lindner ist seiner Meinung nach «vorsichtig» gegenüber jeder Form von weiterer europäischer Integration. Er hat eine Vision, erklärt er, wenn nicht eine nationalistische, so doch zumindest eine konföderale der Union, in der das Prinzip der Hausordnung gilt, d.h. wenn jedes Land sein eigenes Haus in Ordnung hält, fährt die EU gut (B. Romano, *No all'utilizzo di denaro pubblico UE per la difesa*, in «Il Sole 24 Ore», 6. März 2024 [PDF](#)).

Einige italienische Journalisten und Analysten sehen in der Verringerung des Btp-Bund-Spreads auf historische Tiefststände einen weiteren Beweis für die strukturelle Krise des deutschen Wirtschaftsmodells. Mitte März segnete die «Financial Time» die Regierung Meloni ab und konstatierte ein wachsendes Vertrauen der Märkte in das Wirtschaftsmanagement Roms und eine spekulative Überlagerung von Berlin. Während der größte Teil der italienischen Presse die unerwartete Widerstandsfähigkeit der

nationalen Wirtschaft lobte, mahnten einige jedoch nicht nur zur Vorsicht beim Jubeln, sondern führten diesen Abschwung auf eine komplexe Summe von Faktoren zurück, zu denen auch «Deutschlands Probleme» gehörten. Giuseppe Sersale von Anthilla erklärte, dass 30 der 90 Punkte, um die der italienische Spread gesunken ist, von der Abwertung der Bundesanleihe abhängen, so dass ein Teil des «Verdienstes» der deutschen Krise zugeschrieben werden sollte (M. Cellino, *Spread ai minimi da oltre due anni: toccata quota 116 punti*, in «Il Sole 24 Ore», 15. März 2024 [PDF](#); siehe auch R. Petrini, *Lo spread rimane basso perché il Bund 'soffre'*, in «Avvenire», 20. März 2024 [PDF](#); M. Gualtieri, *Lo spread cala perché la Germania Cede*, in «ItaliaOggi», 23. März 2024 [PDF](#)).

In einem Kommentar zu einem Artikel in «Bloomberg» fragt sich Mara Gergolet, ob wir nicht vor dem Ende Deutschlands als industrielle Supermacht stehen. Und das nicht nur wegen der Krise in der Industrie. Diese, so erklärt sie, dauert schon seit 2017 an, als die Wachstumskurve umschwang und nie wieder anstieg. Aber nicht nur die Produktion ist in den letzten Monaten weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben, sondern auch das sozioökonomische Unbehagen ist enorm angestiegen. Eine massive Streikwelle, insbesondere im Transportsektor, hat das Land lahmgelegt. Um die Identitätskrise zu verschärfen und das Bild eines «kranken Deutschlands» zu festigen, so Gergolet weiter, müssen wir den Vormarsch der extremen Rechten Beachtung schenken. Die Rechte ist «explosionsartig gewachsen und hat Gewissheiten mit sich gerissen, dass dieses Land anders war, undurchlässig, da es durch seine Vergangenheit geimpft wurde». Dies ist nicht der Fall. Nicht einmal die Welle der Demonstrationen gegen die AFD beruhigt die Gemüter so sehr, dass manche von einem «Weimarer Syndrom» und der Rückkehr einer neuen Form der «deutschen Angst» sprechen (M. Gergolet, *Germania tra scioperi e crescita zero: fine della superpotenza industriale?*, in «Corriere della Sera», 13. Februar 2024 [PDF](#)). So verbinden sich wirtschaftliche Stagnation mit einer Politik- und Identitätskrise, die dazu beiträgt, das Bild eines «kranken» und «schwachen» Deutschlands an allen Fronten zu festigen: wirtschaftlich, politisch und geopolitisch. Diese Schwäche wird auch als Ursache für die Niederlage Deutschlands in der EU

bei der Abstimmung über die Reiterrichtlinie angesehen. Der Ratsbeschluss zum besseren Schutz von Arbeitnehmern in der *Gig-Economy* wurde trotz des Neins von Paris und der Enthaltung von Berlin angenommen, einer Enthaltung, die, wie Gergolet erklärt, in der Tat «als Nein zählt» und Ausdruck der liberalen Komponente der Ampelkoalition ist. Die Niederlage der deutsch-französischen Achse im Europäischen Forum ist beispiellos, erinnert der Journalist. Und sie zeigt, dass Berlin, indem es die Spaltungen seiner Regierung nach Brüssel exportiert, «riskiert, seine enorme *soft* und *hard power* zu verspielen» (M. Gergolet, *L'asse franco-tedesco sconfitto a Bruxelles*, in «Corriere della Sera», 13. März 2024 [PDF](#)).

Und schließlich hält sich das Bild von einem ‘egoistischen’ Deutschland in diesem Quartal hartnäckig, vor allem in Bezug auf seine zweideutigen Beziehungen zu China. Die italienischen Medien haben von verschiedenen Seiten auf die Tendenz Berlins hingewiesen, eine starke Partnerschaft mit Peking zu pflegen. In Bezug auf die Präsenz des Westens auf dem China Development Forum stellte Paudice fest, dass nicht einmal die deutschen Unternehmen «der chinesischen Umarmung entgegenkommen sind». Im Gegenteil, die deutsche Delegation, die «an den Hof des Drachen strömte», war die größte nach der der USA (C. Paudice, *Altro che derisking. Alla Davos cinese le industrie UE e USA si gettano ai piedi di Xi*, in «HuffPost», 27. März 2024 [PDF](#)). Wie zum Beweis flog Scholz im April nach einer Einigung mit Italien und Frankreich gegen die chinesische Konkurrenz, insbesondere im digitalen, grünen und Automobilsektor, nach China, um seinem asiatischen Verbündeten Mut zu machen. Und dies, so Paudice weiter, zu einem Zeitpunkt, der kein Zufall war, d.h. als die Spannungen zwischen Peking und Brüssel sowohl im Handel als auch in den diplomatischen Beziehungen eskalierten (C. Paudice, *In Cina per la Cina. Scholz vola da Xi con i top manager tedeschi. Obiettivo: sempre più affari*, in «HuffPost», 13. April 2024 [LINK](#); siehe auch I. Bufacchi, *Scholz a Pechino per rinsaldare i rapporti con il primo partner*, in «Il Sole 24 Ore», 13. April 2024 [PDF](#)).

Bei der umstrittenen EU-Verordnung zu nachhaltigen Lieferketten haben sich die Positionen Deutschlands und Italiens im Februar 2024 angenähert. Laut der «taz» hat Christian Lindner, Vorsitzender der FDP, die italienische Regierung gebeten, die deutsche Regierung bei der Blockierung dieser Verordnung zu unterstützen, im Gegenzug zur deutschen Unterstützung bei der Blockierung der Abfall- und Verpackungsverordnung, die in Italien vor allem bei den vielen in diesem Sektor tätigen Unternehmen verpönt ist. Der Artikel in der «taz» hebt jedoch Italiens herausragende Leistungen beim Recycling hervor, das sich in unserem Land gegenüber der Wiederverwendung und dem in Deutschland weit verbreiteten «Mehrwegsystem» durchgesetzt hat (M. Braun, H. Holdinghausen, *Alarm um den gelben Sack*, in «taz. die tageszeitung», 22. Februar 2024 [PDF](#)). Das Thema wird auch von der «Süddeutschen Zeitung» aufgegriffen, die in einem Interview mit dem Vizepräsidenten von Confindustria, Maurizio Marchesini, die italienische Position der totalen Ablehnung von Abfall- und Verpackungsgesetzen erläutert. Die herausragende Rolle Italiens beim Recycling wird hervorgehoben, ohne jedoch zu verraten, ob Wiederverwendung oder Recycling effektiver sind (U. Sauer, *Italien will die Müllbremse kippen*, in «Süddeutsche Zeitung», 4. März 2024 [PDF](#)).

Die Handhabung des ehemaligen Stahlwerks Ilva in Tarent und die langwierige Affäre um seine Rettung hat in Deutschland viel Resonanz hervorgerufen. In zwei Artikeln, die in der «taz» erschienen sind, beleuchtet Michael Braun das Auf und Ab der Eigentumsverhältnisse und die damit verbundene industrielle Strategie, oder besser gesagt, deren Fehlen. Er beschreibt die

schwierige Situation, in der ein Gleichgewicht zwischen den wirtschaftlichen und industriellen Bedürfnissen einerseits und den Umweltbedürfnissen andererseits noch nicht gefunden wurde, sowie die erheblichen Umweltrisiken, denen die Bevölkerung von Tarent im Laufe der Jahre ausgesetzt war (M. Braun, *Verlängerte Agonie*, in «TAZ. Die Tageszeitung», 21. Februar 2024 [PDF](#); *Italien verstaatlicht Megastahlwerk*, in «taz. die tageszeitung», 21. Februar 2024 [PDF](#)). Auch die «FAZ» befasst sich mit dem Thema, konzentriert sich dabei aber auf die wirtschaftlichen Aspekte, d.h. auf den Streit zwischen den ehemaligen indisch-französischen Eigentümern, Arcelor-Mittal, und dem italienischen Staat sowie auf das Verfahren zur möglichen Insolvenzerklärung. Zu den Schwierigkeiten, mit denen der Konzern konfrontiert ist und die bisher eine Sanierung des Werks verhindert haben, zählt der Artikel zum einen die Tatsache, dass das Stahlwerk von Arcelor-Mittal mit einem Leasingvertrag erworben und nicht direkt gekauft wurde, und zum anderen die betriebswirtschaftlichen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die damit zusammenhängen, dass ein Teil des Stahlwerks aufgrund von Umweltrisiken beschlagnahmt ist (*Europas größtes Stahlwerk steht vor der Insolvenz*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 22. Februar 2024 [PDF](#)).

Im Zusammenhang mit den umfassenden Protesten der Landwirte in Europa berichtet die deutsche Presse mit einem Artikel in der «FAZ» auch über die Position der italienischen Landwirte in dieser Angelegenheit. Insbesondere die Proteste in Italien, die sich in erster Linie gegen die Wiedereinführung der 2016 ausgesetzten Einkommenssteuer richten, haben die Regierung dazu veranlasst, für Einkommen bis zu 10.000 Euro einen Schritt zurück zu machen und für darüber liegende Einkommen eine Pauschalsteuer einzuführen. Der Artikel hebt auch die internen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungskoalition über die Matrix der Proteste in Italien hervor, die sich laut Innenminister Matteo Salvini gegen Europa richteten, sowie über die Zusammensetzung der Proteste, an denen auch Impfgegner und Mitglieder der Rechtsextremen teilnahmen (*Bauern dürfen 2024 die gesamte Ackerfläche nutzen*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 14. Februar 2024 [PDF](#)).

## UMWELT UND *GREEN ECONOMY*

(ITALIENISCHE PRESSE)

Das Thema, über das die italienische Presse im Hinblick auf die Umwelt und *Green Economy* in Deutschland im ersten Quartal 2024 insgesamt am meisten berichtet hat, waren die Proteste der Landwirte und die damit verbundenen Unannehmlichkeiten für die Bürger, die sich gegen den EU-Gesetzentwurf richteten, der – im Hinblick auf die Erhöhung der Nachhaltigkeit der landwirtschaftlichen Produktion – größere Belastungen und Verpflichtungen mit sich gebracht hätte, was zu einem enormen Anstieg der Produktionskosten geführt hätte. In diesem Zusammenhang berichtete die italienische Presse, dass die Proteste der Landwirte auch nach Deutschland übergeschwappt waren, teilweise unterwandert von rechtsextremen Mitgliedern der AFD, mit dem vorrangigen Ziel, die Kürzung der staatlichen Subventionen für Agrartreibstoff zu stoppen (C. Caridi, *Germania in crisi, rabbia degli agricoltori tedeschi: marcia contro il governo*, in «il Fatto quotidiano», 7. Januar 2024 PDF). Die Proteste fielen allerdings in eine schwierige Zeit für die Ampelkoalition, nachdem das Bundesverfassungsgericht den Haushalt im Herbst 2023 (aufgrund der rechtswidrigen Umwidmung von Mitteln, die zuvor für den Covid-Notstand vorgesehen waren, in die Energiewende) und das daraus resultierende 60-Milliarden-Euro-Loch verworfen hatte. Die Kürzung verschiedener staatlicher Subventionen, darunter die für landwirtschaftliche Kraftstoffe, ist Teil des Versuchs der Regierung, dies zu beheben. Die Proteste der Landwirte haben das Bild jedoch weiter verkompliziert, und ein anfänglicher Rückzieher der Exekutive reichte nicht aus, nämlich die Kürzung nicht plötzlich, sondern schrittweise über drei Jahre umzusetzen. Tatsächlich haben die anhaltenden

Proteste und das wachsende öffentliche Unbehagen die Regierung dazu gebracht, die Initiative zurückzuziehen (F. Bussotti, *Scoppia la rivolta dei contadini – Germania bloccata dai trattori*, in «La Stampa», 9. Januar 2024 PDF; *Tagli ai sussidi – Trattori in piazza in Germania*, in «L'Eco di Bergamo», 15. Januar 2024 PDF). In diesem Zusammenhang wird auch darauf aufmerksam gemacht, dass der Abbau der nicht nachhaltigen und umweltschädlichen Agrarsubventionen genau eine der Bedingungen für Italien ist, um Zugang zu den Geldern des PNRR zu erhalten (*Due giorni di proteste degli agricoltori in Germania*, in «Italia Oggi», 10. Januar 2024, PDF). Auch wenn die Proteste in Deutschland am stärksten und leidenschaftlichsten waren, ist es wichtig festzustellen, dass sie auch den Rest Europas betrafen und Ausdruck einer seit langem bestehenden Unzufriedenheit mit der EU waren, so dass sie in Anlehnung an die 'Gelbwesten'-Proteste vor einigen Jahren in Frankreich und aufgrund der gemeinsamen systemfeindlichen Ader, die in Deutschland von der No-Vax-Bewegung und AFD-Sympathisanten unterwandert wurde, als 'Grünwesten'-Protest bezeichnet wurden (*I contadini scuotono l'Europa*, in «Il Tempo», 22. Januar 2024 PDF; A. Cerretelli, *La temibile rivolta dei gilet verdi contro le leggi Ue – Verso le elezioni europee*, in «Il Sole 24 Ore», 23. Januar 2024 PDF). Die unterschiedlichsten Gründe für den Protest (von sinkenden Mitteln der Gemeinsamen Agrarpolitik über Ungeduld mit der ausländischen Konkurrenz bis hin zu einer breiten Ablehnung der europäischen Klimapolitik, wie im Fall der Verpflichtungen des Naturschutzgesetzes) werden in den Beiträgen von Carlo Stagnaro analysiert, der auch erklärt, warum es sich für die europäische Politik lohnt, sie zu berücksichtigen (C. Stagnaro, *Ragioni utili per ascoltare senza assecondare le rivolte degli agricoltori*, in «Il Foglio», 24. Januar 2024 PDF) und Tonia Mastrobuoni, die sich auf die Abneigung der Landwirte gegen das Naturwiederherstellungsgesetz konzentriert, die vor allem auf die Verpflichtung der Landwirte zurückzuführen ist, 20 Prozent ihres Landes aufzugeben, um es in einen «guten natürlichen Zustand» zu versetzen (T. Mastrobuoni, *Dalle emissioni al pollo low-cost, le ragioni dell'ira contadina*, in «la Repubblica», 25. Januar 2024 PDF). In einem Interview mit dem Präsidenten von Coldiretti, Ettore Prandini, werden die Unterschiede zwischen den Protesten der Landwirte in Frankreich und Deutschland und denen in Italien,

wo der Staat einige Anreize für die Landwirtschaft erhöht hat, sowie ihr gemeinsamer Nenner deutlich, nämlich die Abneigung gegen den vom ehemaligen Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, vorgeschlagenen *Green Deal* (A. Barbieri, *Agricoltori in balia delle pazzie green di Timmermans*, in «Libero», 1. Februar 2024, PDF). Gänzlich anders ist der Tenor eines Kommentars von Andrea Bonanni in «la Repubblica», der die Geschichte und das Ausmaß der verschiedenen staatlichen Anreize für den Agrarsektor nachzeichnet und feststellt, dass die Proteste der Landwirte heute «ein enormes politisches und zugleich kulturelles Problem» darstellen. Bonanni erläutert das Konzept der «Souveränität im Lebensmittelbereich», das der von der Europäischen Union vertretenen Idee der Nachhaltigkeit zugrunde liegt, und die Beweggründe, die die Landwirte dazu veranlasst haben, sich gegen das Europa zu erheben, das sie seit Jahrzehnten subventioniert und das von der extremen nationalistischen und antieuropäischen Rechten ausgenutzt wird (A. Bonanni, *I privilegi non sono eterni*, in «la Repubblica», 2. Februar 2024 PDF).

Für Deutschland waren die ersten Anzeichen Anfang 2024 besonders relevant, hinsichtlich der Tatsache, dass der Sektor der Elektroautos nach Jahren des rasanten Wachstums vor einem Rückgang stand und Experten davon ausgingen, dass sie den traditionellen Verbrennungsmotor bald verdrängen würden (P. Bonora, *Berlino va in cortocircuito sul diktat auto elettrica*, in «Il Giornale», 5. Januar 2024 PDF). Beispielhaft für diese Entwicklung ist der Versuch von Volkswagen, mit amerikanischen und chinesischen Herstellern wettbewerbsfähig zu bleiben, indem er die Preise senkt und in Deutschland die Kürzung der Anreize kompensiert (*Volkswagen come Tesla: taglia i prezzi delle elettriche*, in «Il Sole 24 Ore» 9. Januar 2024 PDF). Zu den möglichen Ursachen für diese Verlangsamung zählt in Europa vor allem die Frage der staatlichen Subventionen, von denen die Branche in China profitiert und die zu einem Dumping führen, gegen das in Europa nicht vorgegangen werden kann. Erschwerend kommt hinzu, dass Byd - *Build Your Dreams*, Chinas größter Hersteller von Batterien für Elektroautos, im Januar 2024 Verhandlungen mit Ungarn über den Bau einer Produktionsanlage in Szeged aufgenommen hat (N. Borzi, *L'Ue vaso di coccio tra Cina e Stati*

*Uniti nelle auto elettriche*, in «il Fatto quotidiano», 8. Januar 2024 PDF; A. Boeris, *Auto elettriche, la guerra dei prezzi arriva in Europa*, in «Milano Finanza», 18. Januar 2024 PDF). Von der Krise auf dem Markt für Elektroautos ist sowohl Italien als auch Deutschland betroffen, mit dem Unterschied, dass in Deutschland die Europäische Kommission grünes Licht für öffentliche Beihilfen gegeben hat, um Northvolt, den schwedischen Partner von Volkswagen, beim Bau einer weiteren *gigafactory* zu unterstützen. In Italien ist Italtvolt, ein von Lars Carlstrom kontrolliertes Unternehmen, das sich bereits in einer Liquiditätskrise befindet und eine Gigafabrik in Ivrea bauen sollte, nicht voran gekommen, was seine eigene Situation noch verschlimmert hat (A. Giacobino, *Falsa partenza per la gigafactory di Ivrea*, in «Avvenire», 10. Januar 2024 PDF). Insgesamt wird erkennbar, dass der Sektor der Elektroautos immer noch nicht auf eigenen Füßen stehen kann und dass nach den europäischen und deutschen Subventionen selbst in Italien, wo der Markt nur schwer in Gang kommt und strukturelle Probleme bestehen, im März 2024 Anreize zu erwarten sind (D. Longhin, *Bonus solo a marzo e l'incubo cinese – Così l'auto elettrica zavorra l'industria*, in «la Repubblica», 2. Februar 2024 PDF). Die Schwierigkeiten des Sektors zeigen sich schließlich in den rückläufigen Verkaufszahlen von Tesla, die zu einem Absturz des amerikanischen Herstellers an der Börse führten, während ein neuer chinesischer Hersteller, Xiaomi, auf dem Vormarsch ist (A. Annichiarico, *Tesla: primo calo di vendite dal 2020, il titolo crolla in Borsa*, in «Il Sole 24 Ore», 3. April 2024, PDF).

Zu Beginn des Jahres 2024 war Deutschland auf dem besten Weg, sein Ziel für die Energiewende zu erreichen. Die Treibhausgasemissionen waren auf dem niedrigsten Stand seit 1960, was vor allem auf einen deutlichen Anstieg der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, d.h. Solar- und Offshore-Windenergie, zurückzuführen ist (I. Bufacchi, *Germania, boom delle rinnovabili: gas serra ai minimi dal '60*, in «Il Sole 24 Ore», 6. Januar 2024 PDF). Während Deutschland Anfang 2024 ein Minimum an Treibhausgasemissionen verzeichnet, sieht sich die deutsche Politik, wie Gianfranco Ferroni feststellt, nach dem vom Verfassungsgericht im Herbst 2023 bescheinigten Haushaltsloch gezwungen, die Energiewende wie geplant zu vollenden, es sei denn, sie kürzt die Mittel in Sektoren, die sie auch benötigen würden, z.B. im

Baugewerbe und in der Automobilindustrie, und zwar so sehr, dass der FDP-Sekretär Christian Lindner eine «Erneuerung der Verwaltung der für den Kampf gegen den Klimawandel bereitgestellten Finanzmittel» vorschlägt (G. Ferroni, *Veleni in piazza – Germania in crisi per la transizione verde*, in «Il Tempo», 30. Januar 2024 PDF). Die Schwierigkeiten der Energiewende in Deutschland zeigen sich auch auf dem Markt für Solarpaneele, die Anfang 2024 zu 90% in China produziert werden. Dieser Markt wird also der chinesischen Schockwelle nicht standhalten können, und zwar nach einer ähnlichen Entwicklung wie bei der Batterieproduktion für Elektroautos, insbesondere wenn es keine gleichen Wettbewerbsbedingungen gibt (I. Bufacchi, *Industria tedesca pronta a uscire dai pannelli solari per il low cost cinese*, in «Il Sole 24 Ore», 7. Februar 2024 PDF). Um die Energiewende zu beflügeln, muss auch die geplante Infrastruktur für den europäischen Nord-Süd-Korridor für den Gastransport, die so genannte *Adria-Linie*, vom Mittelmeer nach Nordeuropa, an der Italien, Österreich und Deutschland eng beteiligt sind, sowie für den Transport von grünem Wasserstoff, den *SouthH2-Korridor*, von Sizilien nach Österreich und Deutschland fertiggestellt werden (L. Ierace, *Il rafforzamento passa dalla linea Adriatica*, in «Il Sole 24 Ore», 19. Januar 2024 PDF). Demgegenüber sprechen Capone und Stagnaro im «Foglio» von einer «grünen Rezession» in Berlin: Der Rückgang der Treibhausgasemissionen in Deutschland ist ihrer Ansicht nach vor allem auf einen leichten Rückgang des BIP und der Industrieproduktion zurückzuführen und nicht auf geplante Maßnahmen (L. Capone, C. Stagnaro, *Crollo dell'industria e delle emissioni, la recessione verde di Berlino*, in «Il Foglio», 5. April 2024 PDF). Zu den Bemühungen, die Energiewende mit der innovativsten Technologie umzusetzen, gehört die Förderung der Produktion von grünem Wasserstoff, die die EU mit einem Hilfspaket von 6,9 Milliarden Euro finanzieren will, die auf die Infrastrukturen von sieben Mitgliedstaaten, allen voran Deutschland, aber auch Italien, verteilt werden sollen (*La transizione energetica – Bruxelles, piano da 7 miliardi per l'idrogeno «verde»*, in «la Repubblica», 16. Februar 2024 PDF). Und schließlich, um Projekte zu fördern, die darauf abzielen, die Umweltauswirkungen von Unternehmen durch eine höhere Energieeffizienz oder die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen zu

verringern, wird festgehalten, dass Italien bei der Emission so genannter ‘grüner Anleihen’ in Europa an erster Stelle steht, gefolgt von Frankreich und Deutschland (M. Sabella, *Finanza sostenibile, record italiano Primi per emissione di bond verdi*, in «Corriere della Sera», 3. April 2024 PDF).

Kontroversen und Unzufriedenheit, zumindest in einigen europäischen Ländern, darunter Italien und Deutschland, hat auch die EU-Verordnung für eine nachhaltigere Produktionskette hervorgerufen. Deutschland, das über diese Verordnung verblüfft war, stimmte zunächst dagegen und Italien enthielt sich der Stimme, was in der Tat eine Annäherung der beiden großen EU-Länder gegen die Verordnung bedeutete (*Sostenibilità – Il dietrofront Ue fa esultare le imprese*, in «La Stampa», 29. Februar 2024 PDF). Außerdem ginge das deutsche Veto nur auf das Konto der FDP, der Minderheitspartei in der Regierungskoalition, während die anderen Kräfte für die Regelung wären, die, wie Marco Fasciglione erklärt, die italienische Produktion in diesem Sektor in keiner Weise einschränken würde. Im Gegenteil, sie wäre von Vorteil, da sie «die Kosten des Sozial- und Umweltdumpings, die italienische Unternehmen oft schädigen», reduzieren würde, was de facto zu einem Schutz des *Made in Italy* führen und die Kosten gleichmäßiger zwischen den großen Unternehmen (die von der Regelung betroffen sind) und den vielen kleinen und mittleren italienischen Unternehmen (die nicht betroffen sind) verteilen würde. Außerdem, so Fasciglione abschließend, wäre es für Italien im eigenen Interesse angebracht, Deutschland zu drängen, der Verordnung zuzustimmen (M. Fasciglione, *La direttiva sulla sostenibilità: giusto approvarla*, in «il manifesto», 8. März 2024 PDF). Das Gesetz wurde im März 2024 auch dank der wohlwollenden Arbeit Italiens – während Deutschland seine Enthaltung aufrechterhielt – verabschiedet, wengleich nach unten korrigiert, so dass die Zahl der betroffenen Unternehmen weiter um 67% reduziert wird, wobei es sich derzeit nur um die größten Unternehmen (z.B. mit mehr als 1.000 Beschäftigten) handelt (G.M. Del Re, *Sulle filiere sostenibili la Ue trova l'accordo al ribasso*, in «Avvenire», 16. März 2024 PDF).

Am Rande der Debatten über Nachhaltigkeit auf europäischer Ebene wurde auch von Seiten der Politiker und großer Unternehmen die Bereitschaft geäußert, die CO<sub>2</sub>-Emissionen

durch eine Reduzierung des Verkehrs auf den Straßen zu verringern und stattdessen den Schienenverkehr auszubauen. Als erste und drittgrößte Volkswirtschaften der EU und aufgrund ihrer Position sind Italien und Deutschland besonders am Ausbau des Schienengüterverkehrsnetzes interessiert und haben Vereinbarungen getroffen, den Schienengüterverkehrskorridor zwischen Nord und Süd von Hamburg nach Triest bis 2030 fertigzustellen. Ein konkreter Schritt in diese Richtung ist der Strategieplan des Güterverkehrsunternehmens TX Logistik, einem Mitglied der Logistikdrehscheibe der FS-Gruppe, das seine Ziele für 2030 anlässlich des Kaufs neuer Lokomotiven in Duisburg vorgestellt hat, um sie auch der Öffentlichkeit bekannt zu machen (*TX Logistik in Germania lancia l'asse ferroviario per ridurre le emissioni*, in: «Il Piccolo», 4. Januar 2024 PDF).



## KULTUR UND GESELLSCHAFT

(DEUTSCHE PRESSE)

In der deutschen Presse hallen der israelisch-palästinensische Konflikt und die Ereignisse nach dem 7. Oktober 2023 auch auf den Seiten nach, die den Überlegungen zum Gedenktag und seinem Überdenken durch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Journalisten und bekannte Persönlichkeiten aus der Welt der Unterhaltung gewidmet sind. Anfang des Jahres erschien in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» ein Artikel, in dem der Korrespondent aus Mailand ausgehend von einer Reflexion über Edith Brucks neuestes Buch *Die Früchte der Erinnerung* versucht, einen Überblick über die in Italien stattfindende Debatte zu geben. Der Autor hält es für einen Glücksfall, dass der Gedenktag in diesem Jahr auf einen Samstag fiel und die Schulen daher geschlossen waren, angesichts der Atmosphäre und der von einem großen Teil der Bevölkerung zum Ausdruck gebrachten Tendenzen. Er berichtet von der internen Spaltung innerhalb der jüdischen Gemeinden Italiens zwischen denjenigen, die den Wert der Teilnahme an den kollektiven Demonstrationen am 27. Januar verteidigen, und denjenigen, die stattdessen der Meinung sind, dass es mehr Nicht-Juden sein sollten, die zeigen, dass sie den Gedenktag in seiner interreligiösen Dimension weiterhin lebendig halten wollen (K. Krüger, *Zu wenig historischer Kontext, zu viel erzählt?* «Frankfurter Allgemeine» 26. Januar 2024 [PDF](#) ). Auch das Festival von Sanremo taucht in der deutschsprachigen Presse im Zusammenhang mit der Palästinafrage und dem Medienrummel um die pro-palästinensischen Äußerungen des Rappers Ghali auf (S. Bastaroli, *Wie der Gaza-Konflikt Italiens Song Contest einholte*, «Die Presse» 16. Februar 2024 [PDF](#)).

Marc Beise greift das Thema Erinnerung und seine heutigen Implikationen wieder auf. In einem Artikel über das Massaker von Fosse Ardeatine und das Gedenken an die 335 Opfer erinnert er an ähnliche Episoden der Brutalität, die von deutschen Truppen an italienischen Zivilisten begangen wurden, wie die von Sant'Anna di Stazzema oder Marzabotto. Was jedoch in den Vordergrund gerückt wird, ist das symbolische Kapital der Fosse Ardeatine, das stärker ist als das anderer Gedenkstätten, und der Stand der neuen Forschung über die historische Tatsache, die die Komplizenschaft der Faschisten neben den materiellen Tätern des Verbrechens offenbart (M. Beise, *Die Opfer waren Italiener. Manche Täter auch?*, «Süddeutsche Zeitung», 19. März 2024 [PDF](#)). In diesem Zusammenhang wird die Schlüsselrolle von Ministerpräsidentin Meloni als postfaschistischer *leader* bekräftigt. Einerseits vermeidet sie eine wirkliche Aufarbeitung der Vergangenheit, andererseits hütet sie sich davor, sich gemeinsam mit ihrem Vize in Programme zu verstricken, an denen Personen wie Marine Le Pen oder Parteien wie die AFD beteiligt sind, was ihre Partnerschaft mit Ursula von der Leyen untergraben und die internationale Glaubwürdigkeit der italienischen G7-Präsidentschaft untergraben würde.

Es wurde ferner über geschlechtsspezifische Straftaten und Frauenmorde in Italien berichtet, wobei die Daten über Straftaten gegen Frauen und Mädchen in Italien mit denen in den Nachbarländern Österreich und Deutschland verglichen wurden und der Fall Giulia Cecchettin in Erinnerung gerufen wurde (L. Ritter, *Männer töten, Männer schweigen*, «TAZ. Die Tageszeitung» 28. Februar 2024 [PDF](#)). Die Autorin des Artikels lädt zum Nachdenken über die politische Dimension von Feminiziden als Versagen des Staates ein, veraltete Dynamiken struktureller geschlechtsspezifischer Gewalt anzugehen und zu lösen. Auch der «Tagesspiegel» griff das Thema im Anschluss an den Internationalen Frauentag mit einem längeren Interview mit Viviana Vassura auf, einer Forscherin, die sich auf die sozialen und relationalen Elemente geschlechtsspezifischer Gewalt spezialisiert hat, neben den pragmatischen oder solchen, die sich nur auf das Profil der Täter beziehen (A. Dernbach, *Femizide in Italien*, «Der Tagesspiegel» 9. März 2024 [PDF](#)), Vassura betont, dass gerade die Interaktion zwischen den Geschlechtern, d.h. die

Analyse der Veränderungen in den Rollen, die Männer und Frauen in der Familie und in der sozialen Dialektik spielen, zu einem notwendigen hermeneutischen Werkzeug wird, um die extreme Gewalt gegen Frauen in Italien zu verstehen, einem Land, das im Übrigen einen geringeren Prozentsatz an Frauenmorden aufweist als Deutschland. Es wird jedoch in beiden Fällen die Notwendigkeit betont, die politische Debatte zu diesem Thema zu überdenken, nicht nur in Bezug auf Gesetze und Strafen, sondern auch durch den Versuch, positive Antworten auf die Frage der Freiheit der Frauen zu finden, die durch die Emanzipation geht, aber inzwischen noch weiter gehen sollte.

Abschließend sei noch auf die Kommentare zur Biennale von Venedig in der deutschen Presse hingewiesen und auf die Spannungen, welche die Vorbereitung der Veranstaltung begleiteten, angesichts der zunehmenden Polarisierung des künstlerischen Umfelds nach dem 'Rechtsruck' von Ministerpräsidentin Meloni, der den bis März 2024 amtierenden Biennale-Präsidenten Roberto Cicutto entlassen hat. Viele hatten bis zuletzt auf eine Wiederernennung Ciccutos gehofft, da er in den vier Jahren, die durch die Pandemie erschwert wurden, hervorragende Ergebnisse in Bezug auf die Besucherzahlen und die Finanzen der Stiftung erzielt hatte, aber stattdessen setzte sich das vom italienischen Kulturminister Gennaro Sangiuliano gewünschte Beuteschema für die großen Kultureinrichtungen durch. In einem Artikel von Nicola Kuhn wurde als wahrscheinlicher Nachfolger Pierangelo Buttafuoco genannt, ein Journalist und Schriftsteller aus Catania, der von der Ministerpräsidentin und dem Minister bevorzugt wurde und der dann tatsächlich zum Präsidenten ernannt wurde. Kuhn wirft auch die Frage nach dem dritten Saal des Nucleo Storico der Biennale auf, der der Diaspora italienischer Künstler gewidmet ist, die ins Ausland gereist sind, sich in die dortigen Kulturen integriert und ihre Karriere in Afrika, Asien, Lateinamerika sowie im übrigen Europa und den Vereinigten Staaten aufgebaut haben. Der Journalistin zufolge ist dieser Schritt ein Zugeständnis an die italienische Rechte, die sich über den Titel 'Stranieri Ovunque – Foreigners Everywhere' der von Adriano Perosa kuratierten Hauptausstellung aufregt. Dieser Titel stammt aus einer Reihe von Werken, die seit 2004 von dem in Paris geborenen und in Palermo ansässigen Kollektiv Claire Fontaine

produziert wurden, das wiederum von dem in Turin ansässigen Kollektiv 'Stranieri ovunque' übernommen wurde, das in den frühen 2000er Jahren gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Italien kämpfte (N. Kuhn, *Biennale di Venezia. Wo die Welt nur fast in Ordnung scheint*, «Der Tagesspiegel» 1. Februar 2024 [PDF](#)).

## KULTUR UND GESELLSCHAFT

(ITALIENISCHE PRESSE)

Während des ersten Quartals des Jahres 2024 richtet sich das Interesse der italienischen Presse an der deutschen Kultur vor allem auf die neue Ausgabe der Berlinale, die unter dem Einfluss von Faktoren wie dem israelisch-palästinensischen Krieg eine politische Färbung angenommen hat. Die deutschen Filmfestspiele werden im Zusammenhang mit den aktuellen Konflikten kritisch beäugt. Allein in den zwei Monaten von Januar bis Februar sind in der italienischen Presse etwa zwanzig Artikel über die Berliner Filmfestspiele erschienen. Es gibt sicherlich eine große Anzahl italienischer Zeitungen, die den italienischen Filmen im Wettbewerb um die Bären gewidmet sind (zum Beispiel B. Belzini, *Messina e Vicario due film italiani in corsa a Berlino*, «Libertà», 23. Januar 2024 [PDF](#); P. Armocida, *True detective all'italiana tra il Lazio e l'oscurità*, «Il Giornale», 19. Februar 2024 [PDF](#); A. Martini, *Caccia a Dostoevskij. La tv dei D'Innocenzo è cinema dell'oscurità*, «Quotidiano Nazionale», 19. Februar 2024 [PDF](#); B. Belzini, *Il film 'Gloria' celebra la forza delle musiciste*, «Libertà» 23. Februar 2024 [PDF](#)). Im Februar konzentrierten sich die meisten Nachrichten über die Berliner Filmfestspiele, die in italienischen Zeitungen veröffentlicht wurden, auf die Kontroverse aufgrund des hohen Grades an Politisierung. Die Berlinale war schon immer ein politisch aktives Filmfestival, aber ihre 74. Ausgabe sorgte für Hetzreden und Skandale, die alle Erwartungen übertrafen. Das erste Feuer wurde bereits vor der Eröffnung mit der Ankündigung der Anwesenheit einiger Mitglieder der deutschen rechtsextremen Partei AFD auf dem roten Teppich entfacht – eine Einladung, die später von der Berlinale selbst zurückgezogen wurde. Im Mittelpunkt der

Kritik steht allerdings Palästina, oder besser gesagt, die «Politik Deutschlands, die systematisch jede Stimme des Dissenses gegen das anhaltende Massaker in Gaza zum Schweigen bringt» (C. Piccino, *Non solo orsi. Il cielo sopra Berlino e sotto le polemiche*, «il manifesto», 15. Februar 2024 [PDF](#)): Es wird viel über den ‘deutschen Streik’ gesprochen, einen «Boycott», dem sich viele Kulturschaffende angeschlossen haben und der mehrere Insider und einige Filmemacher dazu veranlasst hat, das Festival nicht zu besuchen. Angesichts der ständigen Besorgnis über die Achtung der Menschenrechte, die die Berlinale vermittelt, fragt sich die Tageszeitung «il manifesto», wie es möglich ist, palästinensischen Künstlern die Finanzierung zu verweigern, nach den Gründen für ihre politischen Absichten zu fragen und drückt ihr Bedauern über das Fehlen palästinensischer Titel im Programm aus - mit Ausnahme einer ökumenischen Koproduktion – und wirft die Frage nach der (Un-)Möglichkeit einer freien künstlerischen Auswahl innerhalb der Berlinale auf (C. Piccino, *Berlinale, dopo i premi la politica tedesca chiede il ‘ritorno alle regole’*, «il manifesto», 27. Februar 2024 [PDF](#)).

Der Journalist Piccino zitiert eine der ergreifendsten Reden des Abends, die von Basel Adra und Yuval Abraham, dem palästinensisch-israelischen Duo, das den preisgekrönten Dokumentarfilm *No Other Land* gedreht hat. In seiner Preisrede sagte Adra, es sei schwierig zu feiern, während seine palästinensischen Landsleute in Gaza massakriert werden. Er forderte Deutschland auf, den Appellen der UNO nachzukommen und keine Waffen mehr nach Israel zu liefern. Abraham sprach auf der Bühne bei der Preisverleihung abwechselnd von Apartheid, um die Situation der Ungleichheit in dem Land zu definieren, aus dem er und sein palästinensischer Kollege stammen. Er hielt eine Rede, die ihm sofortige Morddrohungen von rechtsextremen israelischen Gruppen einbrachte. Die italienische Presse bestand auch auf der Intervention des Bürgermeisters von Berlin, Kai Wegner, von der Partei der Christlich Demokratischen Union, der die Haltung gegen den Krieg in Gaza kritisierte und solche Äußerungen als antisemitische «Vorfälle» brandmarkte und die Position der CDU wiederholte, die die volle Verantwortung für das Leid in Israel und im Gazastreifen allein der Hamas zuschreibt. Der «Corriere della Sera» griff auch die Geschichte von Yuval Abraham auf

der Berlinale auf und berichtete von Todesdrohungen, die sich auch gegen die Familie des Regisseurs richteten, sowohl online als auch außerhalb seines Heimatlandes Israel, was den Künstler dazu zwang, seine Pläne für die Rückkehr nach Griechenland zu ändern (*Minacciato il regista dell'appello alla Berlinale*, «Corriere della Sera», 28. Februar 2024 [PDF](#)). Auch Cosimo Caridi schreibt über die Kontroverse in Deutschland im Zusammenhang mit den Antisemitismusvorwürfen, die gegen den israelischen Regisseur und Journalisten Abraham wegen seiner Dokumentarfilmarbeit über die palästinensische Aktivistin Adra erhoben wurden. Das Klima der Unzufriedenheit wird hervorgehoben und eine harte Medienkampagne gegen das Festival, in der «Dutzende von deutschen lutherischen Kolumnisten seitenlang erklären, was als Antisemitismus definiert wird. Seit dem Beginn des Konflikts in Deutschland wurden mehrere Kulturpreise gestrichen, weil die Preisträger Israel kritisch gegenüberstanden» (C. Caridi, *'Antisemita': insulti al regista israeliano (solidale con Gaza)*, «Il Fatto Quotidiano», 27. Februar 2024 [PDF](#)). Das Interview von Micol Meghnagi mit Basel Adra, den die Journalistin in dem Dorf At-Tuwani im besetzten Westjordanland besucht hat, befasst sich mit den Folgen, Auswirkungen und Vergeltungsmaßnahmen der Zusammenarbeit zwischen Adra und Abraham. Der Artikel weist darauf hin, dass gerade Deutschland den Rekord bei der Zahl der Verhaftungen und Entlassungen nach Ermittlungen wegen möglicher antisemitischer Verhaltensweisen und Handlungen hält, und dass in diesem Fall der Vorwurf des Antisemitismus oft auf die Juden selbst fällt, «während offen antisemitische, aber pro-Netanjahu eingestellte Mitglieder von Institutionen straffrei ausgehen». Die Einladung des Films *No Other Land*, die die Leser und Zuschauer annehmen sollen, besteht darin, aus der Logik des «Feindes» auszusteigen und gefährliche Polarisierungen zu durchbrechen, um ein Leben in «gleichen Rechten und Gerechtigkeit» für Israelis und Palästinenser zu gewährleisten (M. Meghnagi, «*La mia famiglia, vittima della Shoah, fuggita per le accuse di antisemitismo*», «il manifesto», 29. Februar 2024 [PDF](#)).

Gleichzeitig lenkt er die Aufmerksamkeit der italienischen Öffentlichkeit auf einen wichtigen Abwesenden auf der Berlinale, Giulio Meotti, wenn er an den Fall des dreißigjährigen israelischen Schauspielers David Cunio erinnert, der seit dem

7. Oktober zusammen mit seiner Frau, seinen dreijährigen Zwillingstöchtern (die später zusammen mit ihrer Mutter freigelassen wurden), seiner Schwägerin und seiner Nichte, die in Nir Oz lebten, dem Kibbuz, der Schauplatz einer der schlimmsten Gräueltaten der palästinensischen Terroristen war, von der Hamas als Geisel genommen wurde. Cunio wurde vor zehn Jahren auf der Berlinale für den Film *Youth* ausgezeichnet. Der Journalist kommentiert die Verleihung des Goldenen Bären mit der Bemerkung, dass «einer nach dem anderen die Protagonisten der Berlinale ihre Solidarität mit Palästina und ihren Hass auf Israel zum Ausdruck brachten», ohne dass jemand Cunios Abwesenheit (oder sein mutmaßliches Verschwinden) erwähnt hätte (G. Meotti, *L'attore ostaggio*, «Il Foglio», 28. Februar 2024 [PDF](#)).

Insgesamt haben die Tage dieses politisch intensiven Festivals auch in den italienischen Medien die Debatte über die Rolle und die Verantwortung von Kultureinrichtungen bei der Behandlung politischer Themen neu entfacht und die Idee eines Festivals wiederbelebt, das nicht nur seine Rolle innerhalb der internationalen Filmgemeinschaft, sondern auch seine genaue Physiognomie als Ort der Meinungsfreiheit bewahren will, während es gleichzeitig vermeidet, dass ein kulturelles Ereignis dieser Art zu einem Kreuzzug oder, noch schlimmer, zu einer Parade wird (M. Gergolet, *'Sfilata' pro Palestina: polemiche alla Berlinale*, «Corriere della Sera», 27. Februar 2024 [PDF](#)).

# DIE KATHOLISCHE KIRCHE UND DER VATIKAN

(DEUTSCHE PRESSE)

In den ersten vier Monaten des Jahres 2024 galt das Interesse der deutschen Presse an der katholischen Kirche und dem Vatikan vor allem zwei Bereichen: der Haltung von Papst Franziskus gegenüber dem Krieg in der Ukraine und dem im Heiligen Land und den angespannten Beziehungen zwischen dem Vatikan und der deutschen katholischen Kirche in Bezug auf den sogenannten ‘Synodalen Weg’.

Mitte Februar erschien in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» ein Artikel mit dem Titel *Wer Israel stützt, soll schweigen oder sterben*. Diese starke Formulierung bezieht sich auf die angebliche Gefahr, die von denjenigen ausgeht, die den Staat Israel unterstützen, wenn man ihm vorwirft, in Gaza einen Völkermord zu begehen. Der Journalist Matthias Rüb glaubt, dass die Unterstützung, die Kardinal Gianfranco Ravasi, ein Mitglied wichtiger vatikanischer Gremien, für die pro-palästinensischen Äußerungen des Rappers Ghali auf dem Sanremo-Festival zum Ausdruck brachte, kein Zufall sei. Ebenso bewusst und in voller Übereinstimmung mit den Leitlinien von Papst Franziskus ist die Position des Staatssekretärs Kardinal Pietro Parolin, der die israelische Aktion in Gaza als «unverhältnismäßig» bezeichnete und ihr Ergebnis als «Gemetzeln» bezeichnete. Die harsche Reaktion der israelischen Diplomatie auf solche Formulierungen veranlasste Rüb, diesen Zeitpunkt als den kritischsten in den Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Judentum seit April 1986 zu bezeichnen, als Johannes Paul II. dem säkularen christlichen Antijudaismus ein Ende setzen wollte, indem er Juden als «ältere Brüder im Glauben» bezeichnete. Rüb glaubt, dass Papst Franziskus während seines Pontifikats gezeigt hat, dass

er dem Dialog mit dem Islam größere Bedeutung beimisst als dem mit dem Judentum (M. Rüb, *Wer Israel stützt, soll schweigen oder sterben*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 16. Februar 2024 [PDF](#)).

Im März schenkte die deutsche Presse der Haltung des Vatikans zum Krieg in der Ukraine Beachtung. Rüb berichtete über die Dankbarkeit, die die Regierung in Kiew gegenüber Kardinal Matteo Zuppi zum Ausdruck brachte. So dankte der Präsidentenberater Mychajlo Podoljak dem Prälaten für seine Bemühungen, die Rückkehr der in die Russische Föderation deportierten Kinder in die Ukraine zu ermöglichen. An der humanitären Aktion des Vatikans waren auch das Staatssekretariat und die Apostolische Nuntiatur in Kiew beteiligt. Es ist in der Tat bemerkenswert, dass Podoljak den Vatikan in der Vergangenheit für seine angeblich pro-russische Haltung scharf kritisiert hat. Rüb berichtete auch über die Nachricht, dass Selenskyj ein Dekret unterzeichnet hat, mit dem die Kardinäle Zuppi und Parolin mit dem Verdienstorden der Ukraine ausgezeichnet werden sollen (M. Rüb, *Kiew dankt dem Vatikan*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 1. März 2024 [PDF](#)). Der scheinbare Einklang zwischen dem Heiligen Stuhl und der Regierung in Kiew wurde jedoch nur zehn Tage später durch ein Interview des Papstes mit dem Schweizer Radio und Fernsehen erschüttert, in dem er wörtlich erklärte: «Derjenige ist stärker, der die Situation sieht, der an das Volk denkt, der den Mut zur weißen Fahne hat, um zu verhandeln» (RSI, *Conflitto a Gaza, 'due responsabili'. Ucraina, 'il coraggio della bandiera bianca'*, 9. und 19. März 2024 [HTML](#)). In der deutschen Presse wurde über die empörten Reaktionen einiger Politiker in der Bundesrepublik auf die Worte des Papstes berichtet, darunter zwei Sozialdemokraten, der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und Michael Roth, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages (D. F. Sturm, *'Weiße Fahne': Berliner Politiker kritisieren Papst-Appell an Ukraine*, in «Der Tagesspiegel», 11. März 2024 [PDF](#)). Parteiübergreifend waren sich die politischen Kräfte in Deutschland einig darin, die Äußerungen des Papstes zu verurteilen. Bundeskanzler Scholz war mit der Idee der 'weißen Fahne' nicht einverstanden, und Außenministerin Annalena Baerbock erklärte, sie verstehe die Entscheidung des Papstes nicht (D. F.

Sturm und Deutsche Presse-Agentur, *‘Frage mich, was er sich dabei gedacht hat’: Heftiger Gegenwind für Papst Franziskus*, in «Der Tagesspiegel», 12. März 2024 [PDF](#)). Unter den Kritikern von Papst Franziskus hat sich auch der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz hervorgetan, der in diesen Äußerungen einen weiteren Beweis für die Fehler der katholischen Kirche sieht. Kritik kam auch von Irme Stetter-Karp, die es für notwendig hält, mehr Waffen in die Ukraine zu schicken und nicht die weiße Fahne (DPA, *Papst-Aufruf an die Ukraine: Scholz widerspricht Franziskus*, in «Der Tagesspiegel», 12. März 2024 [PDF](#)).

Zwischen Ende Februar und Anfang April wurden zahlreiche Artikel über das Verhältnis zwischen der Deutschen Bischofskonferenz und dem Heiligen Stuhl im Zusammenhang mit dem ‘Synodalen Weg’ veröffentlicht. Gregor Maria Hof, Professor für Fundamentaltheologie und Ökumene an der Universität Salzburg, hat in einem Artikel in «Christ&Welt», einer Beilage von «Die Zeit», eine Bestandsaufnahme gemacht. Hof erklärt, wie der Synodale Weg als Reaktion auf den Skandal des sexuellen Missbrauchs, von dem auch die katholische Kirche in Deutschland betroffen ist, durchgeführt wurde. Der Vatikan widersetzte sich der Einsetzung eines Synodenrates mit Entscheidungsbefugnissen, der gemischt aus Bischöfen und vom ZdK entsandten Laienvertretern zusammengesetzt war. In dieser Angelegenheit fragt sich Hof, wie ernst die Reformbemühungen von Papst Franziskus sind (G. M. Hof, *Rom regiert durch*, in «Christ&Welt», 22. Februar 2024 [PDF](#)). Nach Gesprächen über verschiedene Fragen hat der Heilige Stuhl die Einsetzung der Synodenkommission akzeptiert, sofern sie sich darauf beschränkt, Formen der Synodalität für die deutsche Kirche zu entwickeln, die mit der Lehre des Zweiten Vatikanischen Konzils, dem Kirchenrecht und den Ergebnissen der Welsynode im Einklang stehen. Es versteht sich auch, dass es dem Papst obliegt, die endgültige Zustimmung zu allen Beratungen zu geben (D. Deckers und T. Jansen, *Synodale Wege führen nicht nach Rom: Der Konflikt zwischen dem Vatikan und den deutschen Bischöfen*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 22. März 2024 [PDF](#); M. Beise und A. Zoch, *Neue Töne statt böser Briefe: Der Synodale Weg kann weitergehen: Bei einem Spitzengespräch finden die deutschen Bischöfe und der Vatikan einen Kompromiss. Aber die rote Linien bleiben*, in «Süddeutsche Zeitung», 25. März

2024 [PDF](#)). Mit Verweis auf die umstrittenen Äußerungen des Papstes zur Ukraine fragte die «Frankfurter Allgemeine Zeitung», wer in der Frage des Synodenrates die ‘weiße Fahne’ gehisst habe, die deutschen Bischöfe oder die Kurienkardinäle, da in der gemeinsamen Erklärung, die am Ende der Verhandlungen veröffentlicht wurde, «die Fortsetzung der Arbeit des Weges und der Synodenkommission» verkündet wurde, während letztere in Wirklichkeit in einem Brief aus dem Vatikan für null und nichtig erklärt worden war (T. Jansen, *Wer hat die Weiße Fahne in Vatikan gehisst? Nach Gesprächen deutscher Bischöfe in Rom über den „Synodalen Weg“ gibt es widersprüchliche Deutungen*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 25. März 2024 [PDF](#)). Nach dieser Episode stellt Hof erneut die Unterstützung Roms für die deutsche Kirche in Frage. In diesem Zusammenhang hebt er die Faktoren hervor, die den Papst dazu veranlassen würden, sie nicht besonders zu schätzen: ihr Antiwestlertum sowie seine Wahrnehmung einer deutschen Kirche, die dank der Kirchensteuer reich ist, aber mit einem schwachen Glauben und ohne Antrieb für die Zukunft (G. M. Hof, *Findet die deutsche Kirche doch noch Gnade in Rom? Die Skepsis von Franziskus gegenüber Reforme nördlich der Alpen ist berüchtigt. Nun haben die Bischöfe beim Papst einiges herausgeholt. Was das bedeutet*, in «Christ&Welt», 4. April 2024 [PDF](#)).

Abgesehen von den Missverständnissen zwischen dem deutschen Episkopat und dem Heiligen Stuhl, steckt die Kirche in Deutschland in einer tiefen Krise. Die demografische Krise, die Ausdünnung des Klerus und der unaufhaltsame Austritt von Gläubigen aus den offiziellen Registern der katholischen Kirche haben dazu geführt, dass das gesamte System heute kaum noch tragfähig ist, vor allem in finanzieller Hinsicht (D. Deckers, *Notfall Kirche: Bischöfe und Papst streiten über Reformen. Darüber geraten andere Probleme in den Hintergrund – mit womöglich fatalen Folgen*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 28. März 2024 [PDF](#)).

Mitte April wurde ein lesenswerter Bericht über die Ökumene in Deutschland veröffentlicht. Darin wird festgestellt, wie sich die katholische und die evangelische Kirche in bioethischen Fragen wie Abtreibung oder Lebensende voneinander distanzieren. Gleichzeitig wird das Entstehen einer «unfreiwilligen Ökumene» konstatiert, die auf dem gemeinsamen Interesse beruht, sich der Säkularisierung Deutschlands entgegenzustellen. Ein beredtes

Beispiel dafür ist die Verteidigung des Religionsunterrichts in den Schulen (R. Bingener – T. Jansen, *Gemeinsam verschieden ist auch gut: Warum eine neue Nüchternheit in der Ökumene einkehrt*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 13. April 2024 [PDF](#)).

Abschließend sei noch auf die Haltung der katholischen Kirche Italiens hinsichtlich der Zusammenstöße zwischen pro-palästinensischen Demonstranten und der Polizei Ende Februar in der deutschen Presse hingewiesen. Es wird betont, dass Giovanni Paolo Benotto, Erzbischof von Pisa, seine Besorgnis über die Gewalt gegen die jungen Demonstranten zum Ausdruck gebracht hat. Der Prälat empfahl den zivilen Behörden, eine friedliche demokratische Konfrontation zu garantieren und dabei insbesondere die Sicherheit der Jüngsten zu gewährleisten (M. Rüb, *Streit in Italien um Polizeieinsatz*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», 27. Februar 2024 [PDF](#)).

*Texte herausgegeben von  
Paolo Aranha, Diana Battisti, Michela Cilenti, Lorenzo Bonosi*

